

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 7. Dezember 1920

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitskreis- und Leserausgaben 50 Pf., die fünfspaltigen 30 Pf.; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamencoupons 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 140

Die Tagung des Tarifausschusses

31. Arbeitsordnung, Anordnungen der Geschäftsleitung, Hausverträge, Besondere tarifliche Vereinbarungen

Mit einer noch fehlenden, als Abschnitt 33 nachfolgend behandelten Materie sind das die als Kapitel VIII und § 78 des neuen Tarifs angeführten „Besonderen Bestimmungen“.

Das Thema der durch das Betriebsrätegesetz notwendig gewordenen Arbeitsordnung hat den „Korr.“ schon manchmal beschäftigt. In mehreren Orten versuchten die Prinzipale zu viel hineinzulegen. Die Gehilfen protestierten dagegen. Nach diesen Erscheinungen kam der Gedanke auf, den Tarifausschuss auch noch mit der Aufgabe, für eine Arbeitsordnung ein Muster aufzustellen, zu bepacken. Das Tarifamt hat in seiner darauf Bezugnehmenden Bekanntmachung (Nr. 138) über die Vorschichte der nun vom Tarifausschuss empfohlenen Arbeitsordnung schon ihr Zustandekommen erwähnt. Der vom Tarifamt ausgearbeitete Entwurf wurde am vierten Tage in der erstmaligen dritten Kommission als Beratungsobjekt akzeptiert. Die Prinzipalsmitglieder wollten eigentlich die von einer paritätisch zusammengesetzten Kommission in Leipzig geschaffene Arbeitsordnung als Unterlage behandelt wissen. Als von unserer Seite aber darauf aufmerksam gemacht worden war, daß trotz der Mitwirkung von Arbeitern an der Aufstellung dieser Arbeitsordnung einstimmig ihre Ablehnung in einer Leipziger Gehilfenversammlung erfolgt sei, gaben die Prinzipalsvertreter ihren Standpunkt auf. Das Tarifamt hatte in Anerkennung dieser Vorgänge die Leipziger Arbeitsordnung zur Grundlage seines Entwurfs genommen. Die Zahl der Paragraphen war um 14 verringert und manche anscheinbar Bestimmung schon herausgebracht worden. Am 24. Sitzungstage erst nahm dann eine besonders eingeleitete Arbeitsordnungs-Kommission die Durchberatung vor. Es machten sich wieder Leipziger Wünsche und Ansichten geltend. Doch fanden sie keine Gegenliebe. Der Tarifausschuss nahm dann im Plenum sofort Beschlußfassung über die Kommissionsarbeit vor. Da diese Arbeitsordnung nach § 78 Ziffer 3 des Betriebsrätegesetzes noch besonders zwischen dem Unternehmer und dem Betriebsratsvertreter zu vereinbaren ist, so dürfte es sich empfehlen, ihren § 10 fortzulassen, weil er nur auf Druckerelien mit Wechselsticht zutrifft. Wir halten aber auch für solche Betriebe die Bestimmung zu weitgehend, daß die Arbeitskräfte nicht eher verlassen werden darf, bis die Ablösung zur Stelle ist. Was kann denn doch zu weit führen. Selbstverständlich wird die abtretende Schicht sofort der Geschäftsleitung Mitteilung machen, wenn es mit dem Antritte der zweiten nicht klappt. Dann ist im § 21 entweder der dritte oder der letzte Absatz überflüssig. Das im dritten Absatz ist doch schon eine Verpflichtung zur Wahrung der Geschäfts- und der Betriebsgeheimnisse und macht auch deren Definierung einfacher. Wo eine Arbeitsordnung bisher noch nicht eingeführt ist, muß nunmehr an Hand des vom Tarifausschuss aufgestellten Musters schleunigst eine solche vereinbart werden.

Unter Anordnungen der Geschäftsleitung und deren Befolgung sollte laut Prinzipalsantrag das Mitbestimmungsrecht des Vertrauensmannes bzw. der Geschäftsvertretung des Betriebs wieder verschwinden. Da diese wichtige Einschlebung gegenüber dem Tarif von 1912 gewissermaßen als ein Erfolg der im Mai und August 1919 geschlossenen Debatte über die Einföhrung der Betriebsräte in den Apparat des Tarifvertrags anzusehen ist (beschlossen in der Tagung vom August 1919), so mußte alles versucht werden, diese Rückwärtsentwicklung durch die Prinzipale zu verhindern. Es konnte auch erreicht werden.

Mit den Hausverträgen sollte schon nach dem wunderbaren neuen Tarifmotto der Prinzipalität herausgemacht werden. Das wäre auf eine Beilegung des Grundgesetzes herausgekommen, daß bestehende bessere Verhältnisse keine Verschlechterung erfahren dürfen bei Tarifrevisionen oder bei dem Neuaufschluß des Tarifvertrags.

Im Laufe der Verhandlungen ergaben sich deutliche Merkmale für diese prinzipalsseitige Auffassung. Die Beibehaltung des Wortlautes aus dem alten Tarif bedeutet daher nicht nur Anerkennung des Grundgesetzes, daß der Tarifausschuss in Privatvereinbarungen nichts hineinzureden darf, es sei denn, sie verstoßen irgendwie gegen den Tarif, sondern zugleich auch Anerkennung bestehender besserer Verhältnisse.

Der auch im neuen Tarif noch enthaltene Passus über Vereinbarungen tariflicher Art könnte eigentlich entbehrt werden, denn mit den Hausverträgen ist diese Materie doch recht identisch.

32. Arbeitskontrolle

Hier ist der in seiner Sellenheit erst recht bemerkenswerte Fall eingetreten, daß über den gestellten Gehilfenantrag hinaus noch eine Vereinfachung vorgenommen wurde. Im alten Tarif nahm die Bestimmung über Kontrolle der Leistungen dreiviertel Seite ein, jetzt tun es ein-einhalb Zeile. Die „Zeitschrift“ erwähnt diesen Umstand unter den zum Nachteile der Prinzipale eingetretenen Änderungen.

Die Arbeitskontrolle ist von jeher ein wunder Punkt gewesen, d. h. wo eine schikanös veranlagte Geschäftsleitung andern Menschen und sich damit selbst das Leben sauer machte. Sonst aber, und das ist in der Praxis der weitaus überwiegende Teil, geht das Geschäft auch ohne solche peinliche Anstiftungen nicht zugrunde. Es wurde auch von unserer Seite anerkannt, daß genau aufgeschriebener Zeitverbrauch die beste Nachprüfung der Kalkulation ist und deshalb nicht entbehrt werden kann. Dazu bedarf es aber keiner zwei- und mehrfachen Kontrollzettel, weswegen im Jahre 1907 zur Aufstellung eines vereinfachten Formulars von Tarifs wegen gedruckt werden mußte, was tarifgemeinschaftsabweidige Kollegen (z. B. Kotte) zu schweren Attacken veranlaßte. Jetzt soll es nun mit einem Saße von lapidarer Kürze gehen. Was werden da die Prinzipale tun, die, wie angeführt oder selbst behauptet im Tarifausschuss, Ausweise über je 5 Minuten Zeitverwendung verlangen oder die Kontrollstreifen von den Druckmaschinen in das Kontor laufen lassen und doch damit nichts weiter erreichen als Verpelmpung der kostspieligen Zeit für ihre Fegerei? Die Schiedsgerichte werden zur völligen Herbeiführung gesunder Verhältnisse wohl noch manches Mal nachhelfen müssen.

33. Vertrauensmänner und Betriebsräte

Im neuen Tarif erscheint als § 78 erster Absatz ein Passus über die Vertrauensmänner, der ein Kompromiß zwischen einem entsprechenden Gehilfenantrag und dem Prinzipalsstandpunkte darstellt. Es wird im allgemeinen als Voraussetzung angebehen, daß die Buchdrucker auch dem Betriebsrat angehören und dann auch die aus dem Tarif sich ergebende Interessenvertretung ausüben. Die Prinzipale halten nach den gehörten Ausführungen mit einer Ausnahme die Auffassung, daß tarifliche Vertrauensmänner sich nach Einführung des Betriebsrätegesetzes erledigen. Die Gehilfenvertreter wollten auch keine Doppelmandate, aber sie verlangten Vorfrage für die kleinen Druckerelien, wo es nur einen Betriebsobmann gibt, ferner auch in großen Betrieben für den Fall, daß (z. B. in gemischten mit wenig Buchdruckerpersonal) dort die Buchdrucker im Betriebsrate gar nicht oder zu schwach vertreten sein würden und hier der Mehrheit des Betriebsrats auch die Kenntnis unres Tarifvertrags abgehen könnte. Das Betriebsrätegesetz läßt ja tarifliche Sondervertretungen zu. Ein Dualismus soll also durch die neuen Bestimmungen nicht entstehen; die Buchdrucker wollen keine Extrawurfs.

Die Tarifvertrauensmänner genügen einen besonderen Schutz gegen Entlassung wegen der von ihnen ausübenden Tätigkeit, nicht aber die sonstigen Rechte eines Betriebsrats im vollen Umfange.

34. Druckerpreiserhöhung und Preispolitik

Wenn man in der Extraausgabe vom 5. November (Nr. 126) die Bekanntmachung des Tarifamts unter IV.

über die neue Druckerpreiserhöhung von 5 Proz. gelesen hat und aus den Beschlußprotokollen in der vorhergehenden Nummer über die Generaldebatten an den drei ersten Verhandlungstagen die feste Absicht der Prinzipale, diesmal keine Druckerpreiserhöhung eintreten zu lassen, dem gegenüber stellt, dann ergibt sich ohne weiteres ein Widerspruch. Die Prinzipale wollten tatsächlich im Interesse der so sehr betonten Steigerung der Produktion eine Verteuerung der Produktion vermeiden, womit wir einig gehen konnten, da bisher die Druckerpreisausschläge, namentlich in ihren letzten Ausmaßen, die Arbeitsgelegenheit stark beschnitten und zu großer Arbeitslosigkeit wie zu umfangreicheren Verkürzungen geführt haben. Die bisherigen Druckerpreiserhöhungen hatten hauptsächlich in der enormen Verteuerung der Rohstoffe und Materialien ihre Ursache; die Löhne gaben erst an letzter Stelle die Veranlassung dazu ab. Dieser Vorgang ist liberal der gleiche, unser Gewerbe kann sich nicht allein dem allgemeinen Kreislaufe der Dinge entziehen. Nur ist der Unterschied der, daß die Gewerbe mit eher für den großen Bedarf zu entbehrenden Erzeugnissen dadurch härter getroffen werden, die Auftragserteilung also bei ihnen in viel stärkerem Maße zurückgeht. Für die Arbeiterchaft solcher Industrien und Gewerbe hat demgemäß die Verteuerung der Produktion einen zweischneidigen Charakter. Wenn man in Berlin und in anderen Großstädten beobachtet, in welchem Maße die Berufsstillungsapparate und -geschäfte sich ausbreiten und auf der Drantenbrücke täglich die Hunderte von Maschineninfanten sieht, dann mag man stark erschrecken über die Rückwirkung davon auf unsere Arbeitsgelegenheit. Wo die sogenannte Lebenswichtigkeit aber außer Frage steht, bereiten Druckerpreiserhöhungen weniger Schwierigkeiten; es muß sogar gesagt werden, daß die Arbeitslosigkeit in solchen Gewerben am weitesten nur die eine Seite sieht und mit diesem Sacro egoismo auch bei den Steuerungsulagen weiter vorankommt, obendrein keine Zunahme der Arbeitslosigkeit zu befürchten hat aber doch nur in geringem Maße. Die Allgemeinheit lernt aber die andre Seite um so süßlicher kennen, zumal die Preispolitik des Unternehmertums bereits aus der Kriegswirtschaft her auf Verteuerung eingeleitet ist. Unsere Ausführungen darüber in dem Artikel „Die Lohnpolitik der nächsten Zeit“ (Nr. 112) stellten einen wahren Raubzug an der Volkswirtschaft fest. Für unser Gewerbe halten wir zu den Tarifberatungen eine Übersicht der Gewinne der gesellschaftlichen Unternehmungen zusammenzustellen, woraus sich ein ganz merkwürdiger Abstand zu der allgemeinen Dividendenhöhe ergab und zu der der Papiers-, Farben- und Maschinenfabriken wie Schriftgießereien und sonstigen Lieferanten unres Gewerbes wieder im besonderen.

Gleichwohl sind wir der Ansicht, daß die Druckerpreise ebenfalls niedriger sein könnten und vermochten uns dafür bei den Verhandlungen auch auf die „Buchdruckerwoche“ zu berufen (siehe „Gewerblicher Rundblick“ in Nr. 121), die ständig Aufschüttelung in Preisberechnungen pflegt, also wohl als urteilsfähig angesehen werden kann. Aber mit dieser Argumentierung begegnen wir ebenso heftigem Widerspruch als unres Preis-tarifsexperten am dritten Tage und später mit ihren eingehenden Darlegungen und Ausrechnungen. Daß die Gehilfenseite diesmal gleich drei Mann mit dieser Mission beauftragt hatte, denen aus der Gehilfenfraktion heraus sonst noch kräftig sekundiert wurde, war für die andre Seite ein Ereignis, und zwar kein angenehmes. Wenn die Prinzipale hier als Männer der Praxis auch mit den Erscheinungen des täglichen geschäftlichen Lebens und mit dessen verwickelten Gängen ihre Abwehrposition gut zu gestalten wählten, einfach als leere Schwächer oder radikale Phrasen vermochten sie unres Fachredner auf keinen Fall erschrecken zu lassen. Wir waren uns der Schwierigkeit dieser Offenliebe wohl bewußt, konnten auch nicht mit einemmal auf vollen Erfolg rechnen, können aber behaupten, daß in keinem andern Gewerbe noch dem Unternehmertume gegenüber so energisch auf Preisabbau und dadurch Steigerung der Produktion gedrungen worden ist. Dabei ist immer zu bedenken, daß unres Prinzipale,

das ganze Wirtschaftsleben in Betracht gezogen, als die kleineren Einder in der Verteilungspolitik anzuleben sind, und das diejenigen, die am häufigsten als Ankläger auftreten, z. B. die Buchverleger, sich weniger von der kulturellen Not als von gewöhnlicher Preisdrückerei leiten lassen, die auch für die Gehilfenchaft ruinierend wirken müßte. Wir haben den Beweis erbracht, daß wir die Lohnpolitik allein nicht als unsere Aufgabe betrachten! Insofern ist das Mandat von der Generalversammlung und von der Gewerkschaftskonferenz erfüllt worden. Durchschlagenden Erfolg auf einmal zu erreichen, konnte nicht erwartet werden. Dazu bedarf es anderer, wesentlich wichtiger Momente, vor allem größerer Verbildung des Papiers, der Farben, der Maschinen — welche Zahlen wurden uns da entgegengehalten für Verkauf neuer und Reparaturen aller! — sowie der sonstigen Materialien. Es ist ja auch nicht so leicht, unsere Prinzipale abstinenter im Verbleiben zu machen, wo sie ringsum im Unternehmerlager ganz andre Möglichkeiten sehen; wie es uns schwer fallen würde, den Boulders'chen Standpunkt (siehe den Artikel „Annahme oder Ablehnung des Tarifs?“ in dieser Nummer) als den allein richtigen bei unseren Kollegen durchzusetzen.

Zu der diesmal demnach gekommenen Preiserhöhung hat eigentlich der Regierungsvertreter den Anstoß gegeben, als er bei der Aussprache über die Steuerzulage die großen Schwierigkeiten zu einer Verständigung wahrnahm. Die Prinzipale haben da jedenfalls schon weiter; also nicht nur das, was eine auch nur geringe Steuerzulage ausmachen würde, die ja übrigens nicht nur für die Gehilfen in Betracht kommt, sondern, was der neue Tarif bringen könnte an materieller Auswirkung. Die Zeitungsetzler halten zu dem Zeitpunkt noch mit der Einführung der hohen Polzeibezugsgebühr vom 1. Januar ab zu rechnen, von der sie große Rückschlüsse beabsichtigen. Indem es bei einer Beschränkung auf 5 Proz. blieb, wird die neue Erhöhung trotz aller Bekämpfungsmöglichkeiten da in die Erscheinung treten, wo man in jedem Falle reiflos nach dem Druckprelltarif berechnen kann. Das dies immer weniger der Fall wird, wissen wir sogar aus Prinzipalversammlungen, und die Anzeigen in der Tagespresse von leistungsfähigen Druckereien auf dem platten Lande, die sich ihrer billigen Produktion darin rühmen, geben auch sehr zu denken. In einer Berliner Prinzipalversammlung (5. November) hat man denn auch der neuen Erhöhung keine Bedeutung beigemessen. Von Geschäftsführern haben wir die gleiche Ansicht gehört. Auch ich schon durchgelesen, daß einige Staatsbehörden, die viel Druckarbeiten haben, jetzt **Serabstimmung** der Preise verlangen. Es wäre demnach besser gewesen, die Prinzipale wären bei ihrem zuerst eigenommenen Standpunkte verblieben und hätten keine Druckpreiserhöhung vorgenommen, das hätte dann vielleicht auch in der Gehilfenchaft die Erregung über die niedrige Steuerzulage nicht so hochkommen lassen. In Vergleich jedoch gestellt, wie in früheren Fällen selbst bei geringer Erhöhung der Steuerzulage die Druckpreise gesenkt wurden, ist jetzt eine Beschränkung eingetreten. Das können wir jedenfalls auch unsern Vorgehen zuschreiben.

35. Der Fachauschuss

In unserm Artikel „Zu den Tarifberatungen“ (23. Oktober) schrieben wir in Hinblick auf die Gehilfenanträge: „Was sich darin veranschaulicht, ist Erneuerung der Tarifgemeinschaft in bestem, aber auch weitestem Sinn. Es wird nicht alles auf den ersten Nibbel voll zu erreichen sein, aber einen scheinbaren Vorrat muß es und kann es geben.“ Das war gegenüber dem manchmal hochschäumenden Wehn von Nürnberg etwas reservierter gesprochen, aber richtig. Die Gewerkschaftskonferenz hatte bei Formulierung der Anträge schon auf etwas Vereinfachung gesehen, mit dem zu erreichenden Wirtschaftszustand und einer paritätischen Verteilungsstelle für amtliche Druckarbeiten sich aber doch noch genug vorgenommen. Wenn in einigen Städten Einrichtungen letzterer Art schon in ähnlichem Sinne bestehen, so wird durch die Errichtung eines zentralen Fachauschusses wohl eher auf Verallgemeinerung zu rechnen sein.

Das Wirtschaftsamt kollidierte einmal mit seinem Namen gegen die vom Deutschen Buchdruckerverein seit Jahr und Tag eingeführte Orobeklausur- und Vertriebsgesellschaft, dann aber noch die Sache den Prinzipalen zu sehr nach Sozialisierung. Wer den Standpunkt vertritt (wie in dem Prinzipalsmollo zum Tarif), der Tarif sei „gleichzeitig ein Ausdruck der Einsicht in die naturgesetzlich-unabänderlichen wirtschaftlichen Lebensbedingungen“, von dem ist nicht viel zu erwarten an Erkenntnis für die veränderlichen wirtschaftlichen Notwendigkeiten eines Volkes und der Gesellschaft überhaupt. Es ist richtig, wenn Kollege Kotte in seinem Artikel sagt, die ersten drei Tage hätten recht erfrischende Debatten gebracht. Sie drehten sich eben wesentlich mit um die großen Probleme einer neueren und besseren wirtschaftlichen Ordnung. Es sind da von untrer Seite sehr gute und einbringliche Neben gehalten worden, aber von der andern Seite ebenso entschieden für die Berechtigung und Nützlichkeit der Privatwirtschaft. Kollege Kotte kann doch unmöglich annehmen, daß das die ganzen vier

Wochen so hätte fortgehen können. Wann wäre dann an ein Fertigwerden zu denken gewesen? Was im vergangenen Jahre schon in ähnlicher Weise von untrer Seite im Tarifauschuss (Mal- und Augusttagungen) vorgebracht worden ist, wurde ohne Zweifel diesmal weit überboten, und wenn das Wirtschaftsamt nicht in der gedachten Form durchzubringen gewesen ist, so möge nur einmal zurückgedacht werden, welche Parolen, Stichworte und Begriffe seit dem November 1918 in der Frage der Sozialisierung schon alle über den Film untrer gesellschaftlichen Revolutionsperiode gelaufen sind. Wie ist man da auf immer einfachere und sicherer erscheinende Wege zurückgegangen, und wie wäre man froh, wenn mit dem Bergbau endlich ein wirklicher Anfang für manch andres noch gemacht werden könnte, ehe gewisse Führer der Arbeiterchaft den alten Proletariats-einigungsruf so zuschanden gemacht haben, daß die Reaktion wieder oben sitzt.

Es ist also nur zur Einsetzung eines Fachauschusses gekommen bei den Berliner Beratungen. Dieses nur darf aber nicht falsch verstanden werden. Tatsächlich ist mit dem Fachauschuss ein prinzipiell erheblicher Fortschritt erzielt worden. Der Tarifauschuss hatte nämlich am 28. August v. J. die Errichtung einer Fachkommission beschlossen, am 22. Januar d. J. gab das Wirtschaftsamt die Bildung derselben bekannt und schickte deren erste Beratung für den 8. März in Berlin an. Inbes die Prinzipalität sabotierte die Fachkommission in aller Form, sie konnte bis heute noch nicht in Tätigkeit treten, obwohl ihre Mitgliedschaft bestimmt sind und ihr ein Arbeitsprogramm gegeben ist. Das war jedenfalls ein sehr starkes Stück.

Nun, unter dem Eindruck der Generaldebatte und technischer Belegfragen, kam es auf einmal anders. Aus der schon durch den Namen unbedeutender erscheinenden Fachkommission wurde ein dem Tarifauschuss mehr ebenbürtig klingender Fachauschuss. Derselbe konnte zwar noch keinen selbstbegrenzten Aufgabenkreis zugewiesen erhalten, aber was man alles von ihm erwartete, das ist nach den gehörten Einwürfen während der langen Tagung wirklich nicht wenig. Wenn auf Prinzipalseite vielfach die Ansicht zu bestehen scheint, dieser Fachauschuss müsse sozusagen neue Taylor-Methoden erfinden, so wird sich das als gründlicher Irrtum erweisen. Die Förderung des Buchdruckgewerbes und die Hebung der gewerblichen Produktion werden auf Gehilfenseite jedenfalls in so weitgehender und vielseitiger Weise verstanden werden, daß die Prinzipale daran auch ihre Freude haben können, wenn sie wirklich mit der Zeit gehen wollen. Es wäre doch absurd von ihnen, wenn sie alles lediglich durch die kapitalistische Brille betrachten wollten. Aber auch die Arbeitlosen haben ein Anrecht, daß der Fachauschuss so mehr und mehr zur vorübergehenden Erscheinung werden läßt.

Auf Gehilfenantrag hat sich der Fachauschuss auch mit der Neugefaltung und Nachprüfung des Buchdruckprelltarifs zu befassen. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Prinzipale schon in der Generaldebatte offen erklärten, eine Mitwirkung von Gehilfenseite wäre ihnen darin nur erwünscht. Es könnten dann falsche Vorstellungen und irrite Darstellungen in der Fachpresse über Preisaristfragen am ehesten vermieden werden. Zwar zeigte man sich in dieser Auffassung nicht allzu konsequent, denn eine Vertretung der Gehilfen in den Preisbeschwerdeämtern und im Zentralbeschwerdeamt wurde als unerwünscht abgelehnt. Man wolle die dort übliche schmutzige Wäsche lieber allein waschen, im Tarifamt als letzter Instanz sei ja sowieso die Mitwirkung der Gehilfen gegeben. Jedoch für die eigentliche wohl auch wichtigere Arbeit des Fachauschusses auf dem Druckpreisgebiete war man ohne jeden Widerspruch zu haben.

Der Fachauschuss ist also das einzige Moment der Erneuerung der Tarifgemeinschaft. Es kann viel daraus gemacht werden, wenn tüchtige Fachleute und sozial denkende Männer hier eine dem großen Ganzen dienende Tätigkeit planmäßig entfalten; lieber langsam, aber um so sicherer aufbauend. Und wenn die andre Seite die Dinge nicht als unabänderlich feststehend betrachtet, sondern sie und sich ebenfalls dem Wandel der Zeiten und der Verhältnisse unterstellt.

36. Das Lehrlingswesen

Mit Genugtuung ist nunmehr zu sagen, daß das gesamte Lehrlingswesen unseres Gewerbes durch den Tarifvertrag erfaßt wird und einen wertvollen Teil der Tarifgemeinschaft ausmacht. Was von der Gehilfenchaft seit langem als Notwendigkeit erkannt worden ist, durch rege Agitation im „Korr.“ seit 1917 unter dem Eindruck der durch den langen Kriegszustand eingetretenen schlimmsten Verhältnisse und vorgenommenen übermäßigen Einstellungen weiter getrieben, und dann von untrer Generalversammlung in Würzburg 1918 sowie von der darauffolgenden Tarifauschussung im Juli 1918 aufgenommen wurde, von weitblickenderen Prinzipalen tatkräftige Unterstützung fand und hierauf im Februar 1920 durch eine paritätisch zusammengesetzte Kommission als Lehrlingsordnung aufgestellt worden ist mit nachfolgender Zustimmung des Tarifauschusses, hat in der letztmaligen Tagung des Tarifauschusses seine Krönung gefunden.

Gleichzeitig ist damit die von kurzfristigen Prinzipals- und Innungskreisen erfolgte heftige Bekämpfung untrer Lehrlingsordnung abgelehnt worden. Herr Babb in Hamburg und seine Gesinnungsgenossen haben das Rennen gründlich verloren! Bei den Berliner Beratungen wurde lediglich in Betracht gezogen, worin die Lehrlingsordnung mit den Prüfungsbestimmungen der Gewerbeordnung in Widerspruch steht, sonst fand sich keine Gegenkraft. Eine noch mehr eingeleitete Lehrlingskommission hat, wie sich aus dem Verhandlungsbericht vom 24. Tage („Korr.“ Nr. 134) erweist, nun einen Ausweg gefunden, der auch mit den in Betracht kommenden amtlichen Stellen und den Handwerkskammern zur Verständigung führen dürfte. Die Lehrlingsordnung selbst ist im „Korr.“ schon so oft als eine vorbildliche Einrichtung für systematisch gepflegtes Ausbildungsstellen des gewerblichen Nachwuchses gewürdigt und anerkannt worden, daß mit dem Stolz über dieses der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker gelungene Werk jetzt nur die Aufforderung verbunden sein soll, überall ungetümt an das Werk zu gehen, wo Infolge der gekennzeichneten Treibereien die Vorbereitungen zur Durchführung noch im Rückstande geblieben sind.

Mit den Lehrlingsabteilungen der Gehilfenorganisationen (der Güttenbergbund ist nach unserm dementsprechenden Nürnberger Generalversammlungsbefehl auch zur Errichtung einer solchen gedrückt) begegneten wir auf Prinzipalseite zunächst Widerspruch. Daran hätte sich die Gehilfenpartei nicht gekümmert, denn nach der neuen Reichsverfassung steht auch den Lehrlingen das Koalitionsrecht zu, und da ist es doch das Nächstegelegene, daß für die Lehrlinge in unserm Berufe dort eine organisatorische Einrichtung geschaffen wird, wo sie nach dem Auslernen sich ja doch zusammenfinden. Aus der Auslassung eines Prinzipalsführers wurde aber die träge Auffassung erkennbar, als sollten die jungen Leute in die Politik hineingezogen werden. Wir brauchen demgegenüber nur zu betonen, daß untrerseite die Lehrlingsordnung als das berufliche Erziehungsinstrument und die Lehrlingsabteilung als das ergänzende gewerkschaftliche betrachtet wird. Die politischen Jugendorganisationen stehen außerhalb unsrer Wirkungs- und Machtbereiches.

Damit fand man sich ab, und das werden auch die Prinzipalskreise zu tun haben, die nach dem Beispiele der Dresdener Prinzipale in vertraulichen Schreiben bei ihren Kollegen ein Verbot des Beitritts zur Lehrlingsabteilung anregen. Das ist Empfehlung einer ungeheuerlichen Handlung und kann den Betroffenen nur Unannehmlichkeiten bringen. Aus dem „Sungbuchdrucker“ wird die Notwendigkeit einer Lehrlingsabteilung manchmal drastisch erkennbar. Es muß noch mit vielen Mißständen im Lehrlingswesen ausgeräumt werden. Für die Provinzvertreter der Prinzipale ist das gar nicht schmeichelhaft.

Die sich aus der neuen Steuerzulage herleitenden materiellen Bestimmungen für Lehrlinge sind in Nr. 137 vom Tarifamt bekanntgegeben worden. Willkür in der Entschädigung für Lehrlinge existiert in unserm Gewerbe nicht mehr. Je nach dem Lehrjahr und dem Veranlassungsschlag ergibt sich nun eine Gesamtschuldigung (Kostgeld und Steuerzulage) von 5 bis 40,25 Mk. pro Woche. Wer diese gewiß nicht zu hohen Sätze glaubt nicht bezahlen zu können, der braucht ja keine Lehrlinge zu halten.

Den größten Erfolg haben die Tarifberatungen der Gehilfenchaft bei der Lehrlingskata gebracht, und für die Drucker wieder im besondern durch die so lange schon verlangte Gleichstellung der Lehrlingszahl mit denen bei den Sehern. Die Gehilfenchaft hatte recht weitgehende Anträge gestellt; wollten wir doch auch die an Sehmäshinen, Rotationsmaschinen und Plattengleismaschinen beschäftigten Gehilfen nicht mitzählen lassen bei Bemessung der Lehrlingszahl. Daraus ist nicht viel geworden, wenn auch in der erstmaligen dritten Kommission, der zunächst die Lehrlingsmaterie überwiesen war, alle Anstrengungen gemacht wurden. Bekanntlich konnte nur erreicht werden, daß jede Sehmäshina als ein Gehilfe im Sinne der Lehrlingskata gilt. Aber sonst ist das Ergebnis sehr günstig ausgefallen. Die Prinzipale haben hier — jedenfalls durch die mit der Lehrlingsordnung geleistete gute Aufklärungsarbeit — sich im allgemeinen leichter zugänglich gezeigt; ein sonst allen Gehilfenanträgen abgeneigter Provinzvertreter trat sogar gegen die Prinzipale auf, die keinen Gehilfen beschäftigten, aber Lehrlinge hatten. So fiel denn nicht nur die sogenannte O-Staffel (kein Gehilfe, aber ein Lehrling), sondern auch die ebenso bedenkliche Ziffer 9 des bisherigen § 13. Im übrigen sind die Beschränkungen der Lehrlingshaltung bei mangelnden Vorbedingungen zu ausreichender Ausbildung (Lehrlingsordnung Ziffer 16) hier noch von Belang. Die bei der neuen Bemessung der Lehrlingskata für die Gehilfenchaft erreichte große Verbesserung wird auf die Arbeitslosigkeit sicherlich hemmenden Einfluß ausüben.

37. Besondere Vorgänge nach der Tarifauschussung

Darunter könnte vieles aufgeführt werden, wenn in einer so bewegten Zeit nicht darauf verzichtet werden müßte, zu jedem anormalen Vorkommnis etwas zu sagen

Die von der Gehilfenleitung den Prinzipalen prophezeite weitere Rabialisierung der Gehilfenchaft nach dem so minimalen Ergebnisse der Feuerungszulagen läßt sich unverkennbar feststellen. Natürlich gibt es da wesentliche Unterschiede. Es ist jedenfalls richtiger, nicht vornehmlich das Verdammnisurteil zu sprechen; z. B. nach Seiber Nr. 1, die auch anderswo wenig Zustimmung finden wird. Es werden manchmal recht starke Behauptungen über die Löhne anderer Arbeiter aufgestellt. Jetzt ist, wie wir der „Metallarbeiterzeitung“ vom 4. Dezember entnehmen, in der mittel- und niederösterreichischen Metallindustrie ein legaler Streik ausgebrochen, nachdem der Schlichtungsausschuss in Wien in vierzehntägiger Verhandlung eine Zulage von nur 30 bis 5 Pf. herab pro Stunde ausgesprochen hatte. Die Stundenlöhne würden sich danach (bei acht Altersklassen) auf 4,10 bis 2,50 Mk. belaufen, wovon aber noch etwa 15 Pf. für ausfallende Feiertagsbezahlung abzuziehen sind. Der niedrigste Stundenlohn (Ledigenklasse A) beträgt für einen Buchdrucker in Wien 4,44 Mk., der höchste 4,88 Mk. (Machinenführer unberücksichtigt gelassen). Wir sehen uns zu einer solchen Feststellung einmal gezwungen, weil die Behauptungen über die Löhne anderer Arbeiter jetzt ins Wahrgraue gehen. Das im Abschnitt 6 (Nr. 136) von den Löhnen allgemein in Leipzig Gesagte und die aus der Herren- und Damen Schneiderei (oberste Lohnklassen) an gleicher Stelle angeführten Löhne möchten wir bei der Gelegenheit noch einmal zu einem Vergleich mit den Buchdruckern empfehlen. Wer die bis zu einem gewissen Grade wohl zu verstandene Bewegung in unfern Kreisen über die Feuerungszulage jetzt im „Korr.“ aufmerksam verfolgt, wird nicht wenig verwundert sein, über die vorgehenden niedrigeren Bewilligungen für die Stein- drucker und Lithographen sowie die Buchbinder in deren Organen nichts zu finden. Die Leitung des Buchbinder- verbandes gibt ihren Mitgliedern sogar in aller Ruhe bekannt, daß sie bei Beschäftigung in Buchdruckereien auf die höhere Feuerungszulage der Buchdrucker Anspruch erheben sollten.

Wir freuen uns aber, daß wir weiter nachahmenswerte Beispiele über freiwillige Sonderbewilligungen fast in jeder Nummer anführen können, und daß schon vielfach von Zahlung einer doppelten oder mehrfachen Feuerungszulage zu Weihnachten uns Vormittelung gemacht worden ist. Ein namhafter Prinzipal hatte in Berlin schon solche Möglichkeit durchblicken lassen. Hoffentlich können wir darüber bald nähere Angaben machen. Es wäre das eine begrüßenswerte Korrektur des so unbefriedigenden Ergebnisses vom 3. November. Bei den hiesigen Wandern, die der zentrumsparagrafische Erziehungsmittler Kermeis mit dem a tempo erfolgenden Abwürgen der Zwangswirtschaft und der daraus mit resultierenden unheimlichen Preisdruckererei so dicht erleben läßt, muß ja bald eine andre Festlegung eintreten; wir müssen aber erst einmal in den neuen Tarif hineinkommen.

Die für die belebten Gebiete (auch in den Tarifkreisen III, IV, IX) in Betracht kommenden Kreisämter haben zum Teil schon nach dem Beispiele des Kreises II besonders Verständigungen über höhere Zulagen in den belebten Orten herbeigeführt, oder es steht das noch in den nächsten Tagen bevor. Es war das schon in Berlin in Aussicht genommen. In Frankfurt a. M. und Offenbach wird mit der Forderung einer Industriezulage von der Gehilfenchaft ein etwas anderer Weg beschritten. Die Prinzipale wollen davon nichts wissen. Es besteht Konfliktstimmung. Im Anschluß an das in Nr. 134 von uns zu der Bekanntmachung des Kreisamts II über Gewährung erhöhter Feuerungszulagen Gesagte sei in diesem Zusammenhang mitgeteilt, daß in Düsseldorf mit Ausnahme der Arbeiterblätter seit dem 19. November gestreikt wird, um lokal über die Beschlässe des Kreisamts II hinauszukommen. Die Zellungsverleger geben nach dem Bremer Beispiel eine Einheitszeitung heraus. Der Kampf wird gegenseitig in der Presse erbittert geführt. Die Tarifkreisvertreter haben noch einen vergeblichen Einigungsversuch an Ort und Stelle unternommen. Verbandsvorstand und „Korr.“-Redaktion haben von Düsseldorf bis jetzt weder Information noch Bericht erhalten. Das ist nicht einmal im Falle Bremen zu gewesen. Wir können nur dringend zur Verständigung raten, denn bei noch längerer Dauer des Konflikts ist für keine Seite etwas gebessert.

38. Die gehilfenlechtige Urabstimmung über den neuen Tarif

Ist auf der ganzen Linie in Vorbereitung. Es soll damit nicht nur einem Beschluß unserer Generalversammlung in Nürnberg entsprochen, sondern dem schon zuvor vorhandenen, vom „Korr.“ in jeder Weise gekürztem Bedürfnisse nach vollem Mitbestimmungsrecht aller Rechnung getragen werden. Von 1876 bis 1886 gab es in der Tarifgemeinschaft schon einmal die Urabstimmung bei Tarifrevisionen, sie beschränkte sich allerdings auf die Kreisvororte. Im Jahre 1896 veranlaßte das Leipziger Einigungsamt (Gewerbegericht) eine Urabstimmung im Buchdruckergewerbe, damit die Verhandlungen zu einer neuen Tarifgemeinschaft aufgenommen werden könnten. Seitdem haben die Kreis-

vertreter allein die Verantwortung getragen für die gefaßten Beschlüsse. Die Prinzipale wollen das auch lerner so halten — so lange sie eben können. Es wird noch zu erleben sein, bis auch sie den „Kofau vor der Malle“, wie ein im Naturburchentom lebender Prinzipal zu unserer Erheiterung sagte, machen müssen. Dann aber recht unretwillig. Was wurde sonst noch alles an die Wand gemalt! Der Terror durfte dabei nicht fehlen — man weiß ja nicht, daß in unfern größten Mitgliedchaften schon seit langem die Urabstimmung eine gar nicht zu umgebende praktische Abstimmungsweise ist. Es wurden aber auch für uns ernsthafte Fragen aufgerollt. Schließlich überließ man es jedem Teile, nach seiner Façon fertig zu werden; die Hauptache war, daß der Tarifausschuss erst einmal selbst eine Entscheidung über den neuen Tarif fällen sollte. Das ist geschehen; von der Prinzipalvertretung waren nicht viel mehr als die unbedingt erforderliche Zahl für Annahme. Wir können es danach nur begrüßen, daß die Prinzipalität diesmal noch nichts von der Urabstimmung wissen wollte. Aber sie behielt sich ihre definitive Entscheidung vor. Das ist wohl zu beachten.

Der Aufruf des Verbandsvorstandes, am 10. Dezember bei der Urabstimmung sich der ersten und verantwortungsvollen Sachlage bewußt zu sein, wird von uns in jeder Weise unterstützt. Man handle nicht so töricht, etwa der Prinzipalität mit der Ablehnung des Tarifs eine Demonstration aufzuführen, bei der es niemand ernst sein würde. Die Prinzipale würden das gewiß begrüßen, denn ob auf dem Kampfweg oder in späteren Verhandlungen, sie werden mit aller Macht versuchen, von den Zugewandten in Berlin wieder loszukommen. Der neue Tarif ist ihnen gar nicht genehm!

Uns ist es die Feuerungszulage nicht, die aber bald wohl repariert werden kann. Für uns tut sich unbestreitbar ein Verlustkonto auf, wenn wir der schlechten Feuerungszulage wegen die vielen Verbesserungen des neuen Tarifs aufgeben wollten. Wer dazu ratet, verwechselt die Rollen bei der Interessenvertretung!

Es sind alle bis zum 3. Dezember bei der Redaktion eingegangenen Verammlungsberichte und Artikel, die zur Urabstimmung Stellung nehmen, noch in dieser Nummer verlagert. Von vielen Orten sind wir ferner über günstige verkaufte Verammlungen unterrichtet, die Berichte aber sehen noch aus. Was soll zu einem Verammlungsbericht wie aus Zeit gesagt werden? Aberradikalismus, zumal wenn er schimpft, wirkt nur lächerlich. Der Artikel aus Düsseldorf scheint noch von der Reichstagswahl herzurühren, hat nur zwangswweise Anfang und Schluß für das Buchdruckeremile erhalten. Kollege Stolte wird nicht müde, die Tarifgemeinschaft zu verfluchen. Bis jetzt hat ihm dieser Spah noch keine Beleidigung gebracht, auch diesmal wird es nicht anders sein. Wir wollen nicht sagen, daß beide Artikel aus der Zuchthausung mit den Leuten entstanden sind, die die kommunizistischen Zellen in den Gewerkschaften einzurichten haben. Wir erklären jedoch, daß das also geübte Verlangen nach Befestigung der Tarifgemeinschaft gegen den Tarifbeschluß unserer Nürnberger Generalversammlung verflöht.

Die Kollegenchaft in Großhadt und Provinz hat am 10. Dezember zu zeigen, daß sie durch den Stimmungsnebel sicher den Weg findet zu einer im Allgemeininteresse liegenden Entscheidung!

In Nr. 136 führten wir im Abschnitt 6 auch an, daß unter Schriftgießerkollegen nach am 9. September geschickerten Verhandlungen am 28. und 29. Oktober unter dem Vorhild eines unparteilichen juristischen Vorstehenden in Berlin 5 Proz. Erhöhung der Feuerungszulagen zugesprochen erhielten. Das ist nicht ganz richtig. Diese Verhandlungen im Oktober waren eine Tarifamtlichung der Schriftgießer. Die 5 Proz. wurden ihnen noch im September durch den Schlichtungsausschuss des Reichsarbeitsministeriums zuerkannt. Die Facharbeiter erhielten dadurch 12 Mk., die Hilfsarbeiter 9,60 und 10,20 Mk., die Arbeiterinnen 7,20 Mk. mehr.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Tarifausschubstimmung der Schriftgießer. In Berlin wurde am 3. Dezember in einer Sitzung des Tarifausschusses der Schriftgießer ein neues Lohnabkommen getroffen, da das bisherige am 30. November d. J. abgelaufen war. Die Zentralkommission der Schriftgießer hatte im Auftrag aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen den Antrag gestellt, die bestehenden Löhne um 15 Proz. zu erhöhen. Die Verhandlungen ergaben für Facharbeiter in festem Lohn je nach den schon bestehenden Lohnklassen 20 und 30 Pf. Erhöhung des Stundenlohnes, wodurch sich beispielsweise bei Arbeitern über 25 Jahren ein Stundenlohn von 5,50 Mk. für Leipzig und Stuttgart ergibt; die bisherigen besonderen Ortszuschläge für Berlin, Hamburg, Dresden und Frankfurt a. M. bleiben bestehen. Für die angelernten und ungelernen Arbeiter erhöhen sich die Stundenlöhne um 15 bis 35 Pf. Die Arbeiterinnen erhalten eine Zulage von 15 bis 25 Pf. pro Lohnstunde. Bei den

Akkordarbeiterinnen erhöht sich die feste Feuerungszulage um 12 Mk., während sich diese für die Akkordarbeiter um 21,60 Mk. heigert. Die Kinderzulage wurde von 5 auf 10 Mk. festgelegt. Bis zum 31. Dezember d. J. gelten die Sätze als rechtsverbindlich und sollen bis 31. März. 1921 gelten; finden jedoch bei den Buchdruckern der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1921 neue Verhandlungen statt, werden solche auch durch den Tarifausschub der Schriftgießer für das Schriftgießergewerbe anerkannt. Die neuen Lohnsätze sollen am 17. Dezember mit Nachzahlung ab 1. Dezember zur Auszahlung kommen. Bis Freitag, den 10. Dezember, haben die Mitgliedchaften der Schriftgießer an die Zentralkommission über Annahme oder Ablehnung dieses Abkommens zu berichten.

Nachahmenswerte Beispiele. In Koburg bewilligte der Inhaber der Druckerei des „Koburger Tageblattes“, Friedrich Solbach, den Verheirateten eine Wirtschaftsbelohnung von 100 Mk. und den Ledigen 50 Mk. — Für die Lehrlingschule in Liegnitz kistete die Buchdruckerei August Beutel einen dem kleinen Betrieb entsprechenden Betrag, und zwar in der Erkenntnis, daß die Fachschule nicht nur den Bechrlingen, sondern auch den Prinzipalen gute Dienste leistet.

Für reisende Kollegen. In Hildesheim erhalten die durchreisenden Kollegen seit 1. Juli d. J. freies Nachtquartier und Morgenkaffee im dortigen Gewerkschaftshause. Schlafmarken lind beim Bezirkskassierer Florke, Waterloostraße 2 II, zu erhalten.

Eine merkwürdige Gehilfenprüfung. Der Vorhilde des Handwerkskammer-Prüfungsausschusses für Kollibus eruchte uns um Aufnahme folgender Nichtmitgliedung zu der unter vorstehender Eichmarke in Nr. 134 veröffentlichten Einladung: „Der Prüfungsausschuss mußte im Herbst d. J. neu belegt werden. Der bisherige Vorhilde hat nämlich vor längerer Zeit sein Amt niedergelegt. Da nun ungefähr 50 junge Gehilfen die dringende Bitte ausgesprochen hatten, es möchte ihnen doch Gelegenheit gegeben werden, die Prüfung abzulegen, habe ich den Vorhild und die damit verbundene Arbeit übernommen. Schon die Zusammenlegung des Prüfungsausschusses bot sehr große Schwierigkeiten, denn trotz größter Bemühungen waren Gehilfen, welche die Meisterprüfung bestanden hatten, nicht zu finden, die überhaupt das Amt eines Gehilfenbeihilfers übernehmen wollten. Andererseits wurde auch berechtigtweise bemängelt, daß von der Handwerkskammer für die verkümmerte Zeit nur 7,50 Mk. vergütet werden. Auf meine Anregung hin will nun die Handwerkskammer versuchen, hier eine Änderung eintreten zu lassen. Infolge dieser Geminnung gebührt dem Ausschusse nur ein Gehilfenamt, und zwar ist dies der Vorhilde der Graphischen Vereintigung, der sich nicht zu Informationszwecken, wie es der Bericht im „Korr.“ andeutet, im Ausschusse befindet, sondern an den Prüfungen als Gehilfenbeihilfer teilnimmt, obwohl er Meister ist. Das Sinzusziehen von Lehrern der Fortbildungsschule geschieht auf meine Veranlassung, nicht auf Wunsch des Direktors dieser Schule. Daß ein Meisterbeihilfer, ohne eingeladen zu sein, erschienen ist, sag daran, daß die Handwerkskammer es verkannt hatte, den betreffenden Herrn zu benachrichtigen, daß sein Mandat erloschen sei. Dies ist erst heute nachgeholt worden. Zur zweiten Prüfung war dieser Herr jedoch von mir selbst gebeten worden. Das Resultat der ersten Prüfung war: Arbeitsprobe: 4 ‚Gut‘, 7 ‚Genügend‘; theoretische Prüfung: 1 ‚Ausgezeichnet‘, 2 ‚Gut‘, 8 ‚Genügend‘. Die zweite Prüfung abzuhalten, war ich leider geschäftlich verhindert und es vertrat mich der stellvertretende Vorhilde, der allerdings nicht ganz genau unterrichtet davon war, daß zur Prüfung die Lehrer der Fortbildungsschule hinzugezogen werden sollten. Hieraus entstanden dann Mißverständnisse, die in Zukunft vermieden werden. Das Ergebnis dieser zweiten Prüfung war: Arbeitsprobe: 2 ‚Gut‘, 2 ‚Genügend‘; theoretische Prüfung: 1 ‚Gut‘, 3 ‚Genügend‘. Die bei beiden Prüfungen verteilten Noten lassen erkennen, daß die Leistungen der jungen Gehilfen, wenn auch mancher ‚Verlager‘ zu verzeichnen war, doch nicht so schlecht waren, als dies der Bericht erscheinen läßt. Daß ein neu zusammengelegter Prüfungsausschub, wenn er bei den Prüfungen andre Wege beschreitet, die er rein im Interesse unres Gewerbes für richtig hält, nicht sofort einwandfrei arbeiten wird, dürfte wohl jedem Einschichtigen klar sein. Daß aber durch Berichte wie der in Nr. 134 des „Korr.“ veröffentlichte dem einträchtigen Zusammenarbeiten von Prinzipalen, Lehrern und Gehilfen ein guter Dienst erwiesen wird, möchte ich begweifen. Hochachtungsvoll Albert Heine jun. — Auf diese „Nichtmitgliedung“ hat unser Gewährsmann folgendes zu erwidern: „Bei der stattgefundenen mündlichen Aussprache mit Herrn Heine ist ihm gesagt worden, daß seine Person außer Betracht kommt. Die Eichmarke: „Eine merkwürdige Gehilfenprüfung“ ist von der Redaktion gewählt worden, und hier glaubt Herr H., es sei ihm Unrecht geschehen. Die Eichmarke spielt für mich keine große Rolle. Es sollten verschiedene „Hindernisse“ gelidert werden, die ja auch Herr S. andeutet. Bei der zweiten Prüfung versuchten die Vertreter des Herrn S., die Tätigkeit des Herrn Gewerbeleiters Hg. auszuschalten, der ja auch das Feld räumen wollte, weil die beiden Herren der Meinung waren, daß ein Drucker Zelen, Schreiben und Rechnen nicht zu können brauche. Der Bericht in Nr. 134 des „Korr.“ sagt nicht, wie Herr Heine berichtet, daß der Vorhilde der Graphischen Vereintigung nur zum Zwecke der Information anwesend sei, sondern es heißt im Bericht: er verbliebe auf seinem Posten und versuchte beide Teile anzufrieden. Das Resultat war 3:2, und so wurde eben geschrieben und gelesen usw. Dem nachträglich erschienenen

Zischenlehrer B. wurde bedeutet, daß er eigentlich überflüssig sei und die Kosten für die Handwerkskammer zu hoch würden. Am nächsten Tage beschwerte sich Herr B. bei Herrn Heine über die Art der Behandlung. Ein Grund zur Verächtung liegt wirklich nicht vor, auch wenn das Zutun geredet nur auszugewählte angegeben wurde. Im übrigen wird mit Herrn Heine eine Verständigung gefunden werden; eine Gefahr für die Zukunft ist nicht in Sicht, zumal mit den Fachlehrern und den Gehilfen das beste Einvernehmen besteht. — Bezüglich der von uns gewählten Stichmarke hätten wir zu bemerken, daß unser Verleger hat seine Einwendung mit der Überlieferung „Eine Gehilfenprüfung mit allerlei Hindernissen“ versehen hatte. Wir haben lediglich aus rein redaktionellen Erwägen eine kurze gewährt und sind der Ansicht, daß Herr Heine auch die Überlieferung des Einlebens nicht behält, weil eben die Darstellung des ganzen Verlaufs der Prüfung auch ohne die betreffende Stichmarke in der Öffentlichkeit den Eindruck der Wertminderung erwecken mußte. Für uns bildete der Bericht die Hauptfläche, und zwar deshalb, weil daraus zu ersehen war, welche Schwierigkeiten und Formalitäten zu überwinden sind, wenn die Gehilfenprüfungen von außerberuflichen Instanzen vorgenommen werden, statt von eigenen Prüfungsausschüssen des Gewerbes. Das ist aber nach unserer Erfahrung nicht nur in Kollbus, sondern auch anderwärts. Der vorliegende Fall ist daher lediglich als Schulbeispiel zu beurteilen, wie es nicht sein soll. Und wenn für die Zukunft bei Gehilfenprüfungen in Kollbus weniger Hindernisse zu überwinden sein werden, so dürfte das nicht zuletzt auf die

hier in Frage kommende Kritik zurückzuführen sein; womit der Zweck dieser Auseinandersetzung sowohl im Interesse der Handwerkskammer und, was noch wichtiger ist, auch im Interesse der Prüflinge erreicht wäre. Wir hoffen sogar, daß dieses Für und Wider auch für andre Handwerkskammer-Prüfungsausschüsse nutzbringend sein wird.

August Bringmann †. Am 29. November verstarb in Hamburg der langjährige Redakteur des „Zimmerer“, August Bringmann, im Alter von 59 Jahren. Schon vor 36 Jahren trat er in die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung und auch bereits in dem Jahre 1889, also im Alter von 28 Jahren, leitete er die neben dem Zentralverbande bestehende Vereinigung der Zimmerer; auf sein Betreiben kam im Jahre 1890 die Verwicklung beider Organisationen zustande, und 1893 wurde der Verstorbene zum Redakteur des „Zimmerer“ gewählt, als welcher er bis zu seinem Tod in hingebender Weise tätig war. Auch sonst war Bringmann hervorragend literarisch wirksam, und zwar sowohl innerhalb seines Verbandsgebietes wie auf allgemein gewerkschaftlicher und tariflicher Grundlage. Ferner gehörte er lange Jahre der Generalkommission der Gewerkschaften an, wo er sich als pfllicht- und zielbewußter Gewerkschaftsleiter bewährte. Die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung ehrt sich selbst durch ein freies Gedenken für diesen unermüdbaren Kämpfer. Er ruhe in Frieden!

Geforbren

In Heftteil am 14. November der Drucker Max Richter, 66 Jahre alt.

In Kollbus-Verlag der Buchdruckereibesitzer Jakob Breuer, 79 Jahre alt.
In Mannheim am 4. November der Seher Karl Linb, 61 Jahre alt — Herzschlag.

Briefkasten

B. A. in De Voce: Beitrag genügt knapp für zwei Quartale; senden Sie noch 12 Mk. ein. — C. G., in Wiegand: 12,50 Mk. — B. in Schwere: 8 Mk.

Verbandsnachrichten

Verbandsdruck: Berlin SW 29, Schmöllingplatz 5 II.
Fernsprecher: Altdorf, Nr. 1191.

Abresenveränderungen

Gesler. Vorsitzender: Otto Ellenberg, Zwingerwallpromenade 5; Kassierer: Wilhelm Sandte, Köther Straße 6.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die betreffende Adresse):
Im Gau Schleswig-Holstein der Drucker Alexander Tomczak, geb. in Bromberg 1898, ausgeh. in Gienzburg 1916; war noch nicht Mitglied. — Martin Prüter in Kiel, Schauenburgerstraße 34 p.

Berammungskalender

Bremen-Eberfeld. Maschinenerverammlung Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Restaurant Wenzbaum in Eberfeld, Ecke Seid- und Erholungsstraße.
Barnburg. Berammung Dienstag, den 7. Dezember, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
(Sierzu zwei Beilagen.)

Gute Bücher für Weihnachten!

Nachstehend bringen wir eine von einem berufenen Sachmann getroffene Auswahl empfehlenswerter Bücher für groß und klein:

Bilderbücher mit wenig oder ohne Text

Bade, sechs Kuschen von W. Schäfer. Karl. M. 2,65, Unzerleisbar. 10 x 15.

Ball der Tiere. Neue Ausgabe. Karl. M. 10,80.

Calpari, C. König in seiner Kiste. Unzerleisbar M. 15,25.

Luhnges Kleinwanderbuch. Auf farben Papier M. 10,50, Unzerleisbar M. 14,10.

Seine Hoff, C. Kleinwanderbuch. Unzerleisbar. Karl. M. 24,--.

Anderer Bilderbücher

Beflow, A.: Schöner im Blaubereichenwäld. Mit Nelken von A. Neand. Auf Papier. Karl. M. 13,--. M. 10,50, M. 3,50.

Wildernd, das lustige für brave Kinder. Karl. M. 10,--.

Buch, Wilhelm: Mär und Morch. Kol. M. 6,--. Dopp. M. 10,--.

Lustige Bilderbücher für Kinder M. 13,50.

M. 11,--; Hans Dackebin, Schwarz M. 8,50, foliert M. 11,--; Runderd M. 15,--; Die süßen Mitterstodter, Schwarz M. 7,--. fol. M. 10,50; Die feinsten Nachbarn und andere Bilderbücher M. 7,--; Das Rabenest u. a. M. 7,--; Der heilige Hans M. 7,--; Canoten und Schuren, 3 Teile, je M. 12,--; Schneurührer die Blenen M. 8,--; Der Wirtus u. a. M. 7,--; Der böse John u. a. M. 7,--; Naturgeschichtliches Bildbuch u. a. M. 7,--.

Drucker, Otto: Der lustige Zauber. Beste von A. Hoff, geb. M. 17,--; Wie zwei Weid. Leporello-Ausg. M. 11,--; Wälderbuch M. 15,--; So geht auf unsre Belle, so ist es Kinderbuch, Leporello-Ausg. M. 11,--; Wälderbuch M. 15,--; Schreiwesper, Der, von H. Hoffmann. Karl. M. 9,--.

Bücher für die Jugend

Andersen: Märchen, Ausgaben von 5 bis 25 Mk.

Bechlein: Märchen, Ausgaben von 5 bis 20 Mk.

Culenspiegel, Bill, Sechste Posten M. 11,--.

Ortmann Märchen, Ausgaben von 2 bis 25 Mk.

Haus: Märchen, Ausgaben von 8 bis 25 Mk.

Koch: Dürsch, Neubearb. M. 11,50, v. L. Nijlger u. a. M. 5,50.

Märchen, Deutsche, illustriert von L. Nijlger, M. 10,--.

Märchenbuch, Deutsch-Dichter-Gedächtnisfestung, M. 15,--.

Märchenbuch, wunderbare Reisen und Abenteuer M. 9,--.

Mit Bildern von W. Müller, M. 10,50 und M. 13,50.

Münch, Postkarten, M. 10,-- von Ludw. Nijlger, M. 23,--.

Wälderbuch M. 15,50.

W. L. Oultiers Reisen, M. 15,--.

Zandend und eine Nacht, von 8 bis 25 Mk.

Zernarchen für die Jugend, M. 2,40.

Johnson-Ausgaben, von Campe, Deffe und Erdner, M. 3,50, 5,50, 7,50, 9,--.

Es ist nicht möglich, alle Titel zu veröffentlichen. Wir sind aber in der Lage, jedem Wunsch gerecht zu werden; es steht uns noch eine große Anzahl ebenfalls empfehlener Bücher zur Verfügung. Wir bitten um schnellste Bestellung. Preisänderungen können eintreten.

Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker / G. m. b. H.
Leipzig, Salomonstraße 8 (Mittegebäude) * Postfachkonto Leipzig Nr. 53430 * Fernsprecher Nr. 12739

Weihnachtsangebot!

Allen verehrlichen Kunden und Kollegen diese zur Kenntnis, daß ich den Bericht für die heimlich-hergegewinnliche Tabakregie sowie für die Zigarrenfabrikate übernommen habe. Ich für Beliebe:

„Sasische Sport“, 100 St. 28,50 Mk.
„Fr. 5, 100 „ 38,--“
„Juban“ Nr. 25, 100 St. 23,50 Mk.
„als Prosjentum 100 St. 28,50 Mk.“
Ferner meine Hausmarke:
„Gulenberg“ A., 100 St. 19 Mk.
„B. 100 „ 27 „
„C. 100 „ 32 „ [576
Von 500 St. ab franko, von 1000 St. ab Preisermäßigung; bei groß. Bezug Spezialoffer. Zugleich bringe meine vorz. überleichen Zigarren in drei Sorten: Marke „Aurum“ 23 Mk., „Ade“ 25 Mk., „Aussie“ 27,50 Mk. in gef. Erinnerung, ebenso meine große Auswahl in Zigaretten zu 32, 35, 40, 45, 50 Mk. Tabakwarenverlag Danluis, München, Schwantalerstraße 63.

Am 28. November verstarb nach kurzem Leiden unser lieber Kollege, der Maschinenmeister

Otto Reh

im Alter von 26 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bleibt ihm stets bewahrt!
Bezirks- und Ortsverein Giechen.
Bezirksmaschinenmeisterklub Giechen. [635

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme, die mir anlässlich des Ablebens meines Kameraden

Lorenz Lechner

von ehemals Strahburger Kollegen in großer Zahl zugegangen sind, sage ich auf diesem Wege, auch im Namen der Familie, besten Dank!

Jakob Stahl, Strahburg-Mendorf, Kolonnenweg 111.

Am 29. November verstarb unser lieber Kollege, der Seherinvalide

F. S. Neumann

aus Hamburg, im 74. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Buchdruckerverein in Hamburg-Eltona.

Schlips- u. Verbandsnadeln
Graphische Werkzeuge
Werkzeugkasten für Maschinenm. u. Seher empf. l. Best. Qual. Kollege Max Voigt, Leipzig-Gitteritz, Papiermühlstr. 511. Preisliste gratis. [616

Typographiemaschinen

Erhaltene, Matrizen, usw. repariert, verschliffen und preiswert. Monitore zur Verschönerung. Erstklassige Referenzen.
Karl Hermann, Leipzig-Connewitz, Biebermannstraße 27. [305

Kramfadern, Offene Beine, Hautflechten, Froschläusen usw. aller Art, auch ganz veraltete Leiden, namentlich juckende, nässende und sehr entzündl. Ekzeme heilt fol. die kühlende „**Fridolan-Heilbade**“
Präp. angemeldet, gef. gesch. Erprob. an Unversehrten. Zu haben in Apotheken und Drogerien. Wo nicht, direkt bei dem Hersteller Dr. Straub & Co., Berlin W 15, Mohlandstraße 146/c. Preis der Originaldose 12 Mk. gegen Voreinsendung franko, Nachnahme 1,50 Mk. mehr. Markenlos, feinste Verheilung! Größte Erleichterung schon bei erstmaliger Verwendung! Prospekt kostenfrei. [308

Am 27. November verstarb in seiner Heimat unser lieber Kollege, der Seher

Paul Endler

aus Altwasser, im Alter von 24 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Ortsverein „Typographia“ Schwerin i. Meckl.

Sachbücher f. Drucker

Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker G. m. b. H., Leipzig, Salomonstr. 8 II (Mittegeb.), Postfachkonto 53430.

Bei Arbeitsmarkt sowie kleineren Angelegen wollen Interessenten Portoerparnis wegen der Befraglichkeit mit beifügen; bei Befrag unter einer Mark Briefmarken, kein Stabstempel. Geschäftsstelle des „Storr“.

Am 29. November verschied nach kurzem Krankenlager an den Folgen eines Schlaganfalls unser werter Mitglied, der Maschinenmeister

Karl Wacker

aus Reichenbach i. Schl., im Alter von 66 Jahren. Die Sorge um seinen früheren Arbeitsverdienst überdehnte den in ihm liegenden Todesschein und ließ ihn seinen arbeitskräftigen Arm auf immer erschaffen. Sein ruhiges, bescheidenes und ehrliches Wesen lieh ihm ein dauerndes Andenken.
Bleibender „Typographia“ Maschinenmeisterverein Bezirk Riegnitz.

In jeden Buchdruckerfall gehört der

„Sylkokol“

Wer ihn einmal gebraucht, hat ihn lieb, er spart den Umzug der Walzen, macht die verbrauchten wieder dechsig und zugriffsig und ist durch den sparsamen Verbrauch kostbillig.

Preis pro Kilo 30 Mk. ab Fabrik.

Probefendungen, für 2-3 Maschinen reichend, portof. und spesenfrei 12 Mk. Chemische Fabrik für Buchdr.-Bedarfsartikel Carl Eich, Leipzig-Selterhausen.

Älterer, erfahrener

Seherstereotypen

Mit Zeitungsanfertigung. [623

Typographiever

Mit Modell B in dauernder, angenehmer Stellung gesucht.
„Diplomener Zeitung“, Müller & Co., Dipladen.

Schriftleger

23 Jahre alt, im Zeitungs- und Anzeigenjahr gleich tüchtig, sucht Stellung. Diensten erdelen an [617
Otto Watz, Kram bei Essen, Eickenheidter Straße 148.

Typographiever

für B-Maschine, guter Maschinenkennner, der kleinere Reparaturen selbst ausführt, bei hoher Entlohnung sofort gesucht.
Druck- und Verlagshaus, Mannheim, G 7, 25. [738]

Maschinenmeister

welcher sich zeichnerisch betätigt und in Einleumungsamt bewandert ist, gesucht. Eintritt sofort oder vierzehn Tage nach Engagement.
Adolf Willers, Buchdruckerei, Bremen, Sandstraße 3.

Singerquessungen am Flegel

werden vermieden durch Rauchs gel. gelch. Antiegemarken. Hängenbleiben des Bogens beim Anlegen umwählig; aufkleb- u. aufspannbar. 12 Stk. 13 Mk., 6 Stk. 7 Mk., 3 Stk. 3,80 Mk. postfrei.
M. Rauch, Stuttgart, Hohenzollernstr. 9. 577 | Postfachkonto 15612.

Maschinenband

Friedensqualität, liefern [549
Beuer & Moil, Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.

Typographiever

Am 30. November verstarb nach langer Krankheit unser lieber Kollege, der Seher

Johann Schmidt

aus Erlangen, im 47. Lebensjahre. Ein tüchtiger, braver Kollege ist damit aus unserer Mitte geschieden.
Ein dauerndes Andenken bewahrt ihm
Die Mitgliedschaft Nürnberg.

Am 29. November verschied nach langem Krankenlager an den Folgen eines Schlaganfalls unser werter Mitglied, der Maschinenmeister

Karl Wacker

aus Reichenbach i. Schl., im Alter von 66 Jahren. Die Sorge um seinen früheren Arbeitsverdienst überdehnte den in ihm liegenden Todesschein und ließ ihn seinen arbeitskräftigen Arm auf immer erschaffen. Sein ruhiges, bescheidenes und ehrliches Wesen lieh ihm ein dauerndes Andenken.
Bleibender „Typographia“ Maschinenmeisterverein Bezirk Riegnitz.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Heftnummern 20 Hefen des Exemplars. Der Betrag ist bei Bestellung gleich mitzuzahlen.

Beilage zu Nr. 140. — Leipzig, den 7. Dezember 1920

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Samstag früh zur jeweilig nächsten Nummer.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Wittenburg. Die äußerst gut besuchte Bezirksversammlung am 28. November nahm Stellung zu dem Ergebnisse der Tarifverhandlungen. In Stelle des verhandelten Kollegen-Projektats Kollege Dreher (Leipzig) Bericht. In gütlichdachten Ausführungen ging er einleitend auf die gegenwärtige Wirtschaftslage in Deutschland und die Lage des Gewerbes und seiner Arbeiterschaft ein, gab ein Bild von dem so ungemein schweren Ringen in Berlin, wie es sich zwischen den Vertretern von Kapital und Arbeit abspielt, und verbreitete sich dann über die Hauptpositionen des abgeloosten Tariffs. In leiserer Ruhe lauschte die Versammlung dem Vortragenden und dankte mit starkem Beifall. In der Aussprache kam die in der Kollegenchaft herrschende Meinung zum Ausdruck, daß der neue Tarif in ideeller und materieller Hinsicht noch lange nicht den Wünschen und Forderungen der Gehilfenchaft entspricht, daß aber angesichts der bestehenden schwierigen Wirtschaftslage jeder Kollege so abzustimmen hat, wie er es vor der Organisation, vor sich selbst und seiner Familie verantworten kann. In puncto Steuerungsulage stellt die Gehilfenchaft des Bezirks die Forderung an Verbandsvorstand und Gehilfenvertreter, daß spätestens Anfang Januar mit der Prinzipalkität vor dem Tarifausschusse Verhandlungen hinsichtlich zwecks angemessener Erhöhung.

yr. Bielefeld. Am 28. November fand in Herford die zweite diesjährige Bezirksversammlung statt. Gut 300 Kollegen waren anwesend. Das Hauptinteresse der Bezirksversammlung nahm das Referat untrés Bezirksvorstehenden Böchner über den Abschluß des neuen Tariffs in Anspruch. Seinen leuchtenden Ausführungen lauschten die Anwesenden aufmerksam. Er ging des näheren auf die allgemeinen Umstände ein, schilderte die Schwierigkeiten bei solchen Verhandlungen und erklärte, daß unsere Vertreter in den vier Wochen nach Möglichkeit die Interessen untrés Kollegen wahrgenommen haben. Wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt werden konnten, so seien doch wesentliche Verbesserungen erzielt, welche er an Hand des neuen Tariffs näher erläuterte. Seine Darlegungen wurden zum Schluß mit lebhaftem Beifall belohnt. In der Diskussion kamen dann auch noch verschiedene berechtigte Wünsche, welche keine Berücksichtigung gefunden hatten, zum Ausdruck, und es wurde beauftragt, daß die Prinzipale gerade in dieser Zeit nicht mehr Entgegenkommen zeigen. Eine definitive Stellungnahme über die Verhandlungen könne erst stattfinden, wenn der neue Tarif im Beisteh jedes Kollegen sei. Den Kassenbericht gab Kassierer Holz; es wurde ihm einstimmig Entlastung erteilt. Außerdem berichtete der Kassierer über die neugegründete Lehrabteilung im Bezirk. Im ganzen seien 156 Lehrlinge vorhanden bei einer Mitgliederzahl von 740 in 28 Orten am Ende des dritten Quartals. Die Weiterbildung beträfe jede Kollege mit als seine Hauptaufgabe. Für die Versammlung wurde ausnahmsweise das volle Fahrgehalt vierter Klasse bewilligt. Anschließend erfolgten noch einige Geldbewilligungen. Zum Schluß richtete Kollege Leyer an den scheidenden Kollegen Böchner, der als zweiter Gauvorsteher gewählt ist, Worte der Anerkennung für seine unermüdete Tätigkeit, dabei besonders hervorhebend, daß Kollege Böchner außer zahlreichen andern Ämtern allein zehn Jahre dem Bezirksverband angehört habe. Er wünschte ihm in seinem neuen Wirkungskreise den besten Erfolg zum Wohle des Gaués Rheinland-Westfalen. Mit Kollegen Böchner verliert der Bezirk einen seiner bestbegabtesten und arbeitsamsten Kollegen. Nur ungern sehen wir ihn scheiden. Kollege Böchner dankte für die Ehrung. Er habe nur seine Pflicht getan gegenüber der Organisation und brachte zum Ausdruck, daß die Mitglieder auch weiterhin der Organisation Vertrauen entgegenbringen möchten, darin länden auch die Führer den besten Lohn.

Brandenburg. In der am 27. November abgehaltenen Generalversammlung standen drei Kollegen zur Neuwahl. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Der Zweck des Auftrufs des Tarifamts zur Unterbringung der Arbeitslosen ist hier insoweit erreicht, als alle arbeitslosen Gehilfen bis auf zwei untergebracht werden konnten. Es besteht aber die Hoffnung, daß auch diese beiden Kollegen (ein Seher und ein Drucker) in nächster Zeit Beschäftigung finden. Die Anregungen, die Arbeitslosen, Frauen und Kolleginnen mit einer Weihnachtsgabe zu bedenken, fand allseitig Anklang. Nachdem die Versammlung über die niedrige Steuerungsulage ihr größtes Mißfallen ausgesprochen hatte, fand folgende Resolution einstimmig Annahme: „Die Ortsvereinsversammlung am 27. November nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der bei der letzten Tarifverhandlung bewilligten Steuerungsulage (10, 15 und 20 Mk.). Die Steuerungsulage steht in keinem Verhältnis zu den bedeutend gestiegenen Kosten des Lebensunterhalts.“

Buer i. W. Untrés am 21. November abgehaltene, gutbesuchte Versammlung nahm Kenntnis von der vom Tarifausschusse festgesetzten Steuerungsulage. Die Ver-

sammlung war der Auffassung, daß an dem schlechten Ergebnisse der Geschäftsführer des Tarifamts, Kollege Schleps, mit Schuld sei, der durch den niedrigen Vermittlungsvorschlag für Verheiratete und dem Nichts für Ledige den Prinzipalen die Rücksicht gegeben habe. Zu der beschlossenen Weihnachtsgabe mit Bescherung der Säbnder untrés Kollegen trug auch die hiesige Prinzipalkität ihr Scherlein bei.

Einshorn. Die am 28. November in Pinneberg abgehaltene Bezirksversammlung des Bezirks Einshorn befaßte sich unter anderem in eingehender Weise mit der neuesten „Steuerungsulage“ sowie mit den Ergebnissen der Tarifausschulbung. Kollege Wieland (Kiel) hatte als Gauvorstandsmitglied in dankenswerter Weise das Referat übernommen, um uns an Hand der Beschlusprotokolle so gut wie möglich ein Bild von dem Verlauf und dem Ergebnisse der Tarifverhandlungen zu geben. In geschlichter und klarverständlicher Weise entlegte er sich seiner Aufgabe. In der sich anschließenden Diskussion äußerten die anwesenden Kollegen ihre Entrüstung und Empörung über die geringe Aufbesserung. Die neueste Steuerungsulage sei geradezu eine Verböhnung und ein Zeichen dafür, wie wenig Verständnis die Prinzipale für die Notlage ihrer Gehilfen in dieser schweren Zeit besitzen. Nach vielem Für und Wider wurde eine Entschließung angenommen, die besagt, daß die „Steuerungsulage“ durchaus ungenügend sei und daß die Gehilfen des Bezirks Einshorn fordern, neue Verhandlungen anzubahnen, um den Gehilfen eine den heutigen Steuerungsverhältnissen angemessene Lebensbedingung zu sichern in Gestalt eines auskömmlichen Lohnes.

Emmentingen i. B. Untrés Versammlung am 21. November erbrachte zunächst das Andenken des verstorbenen Buchdruckerlehrlings Wilhelm Jundt. U. a. fand auch die letzte Tarifverhandlung auf der Tagesordnung. Mit Entrüstung wurde das Ergebnis der Steuerungsulage aufgenommen. Es ist der reinste Hohn, die so im Glend stehenden Buchdrucker mit einer Zulage von 10, 15 und 20 Mk. abzuspielen. In scharfen Worten wurde der Vermittlungsvorschlag des Kollegen Schleps gebrandmarkt. Es wurde anerkannt, daß die Gehilfenvertreter bei der diesmaligen Tarifverhandlung einen schweren Stand hatten, aber in gewissen Anträgen hätten sie mehr Rückgrat beweisen müssen.

Chilmen. In der Versammlung am 30. November hatte sich die hiesige Kollegenchaft fast vollständig zusammengefunden. Auf der Tagesordnung stand als einziger Punkt ein Referat untrés Gauvorstehers Klein (Stuttgart). Nach einleitenden Worten des Vorstehenden E. Scheu berichtete der Referent sehr ausführlich über den Verlauf der Tarifverhandlungen. Insbesondere wurde die Mitteilung begrüßt, daß Chlingen nunnmehr in die Reihe der Städte mit 20 Proz. Lokalzulage eintreten wird. Seit Jahren wurde schon von untrés Mitgliedern um die Erreichung dieses Zieles gekämpft. In der Diskussion, welche sich dem Referat angeschlossen, unterrichtete Kollege Stadler die Ausführungen des Referenten und empfahl die Annahme des neuen Tariffs. Nach einem kurzen Schlussworte des Referenten konnte der Vorstehende mit Dankesworten für die vorzügliche Berichterstattung die Versammlung schließen.

Gulst i. S. Am 28. November fand hier eine Bezirksversammlung statt, die verhältnismäßig gut besucht war. Kollege Elsner (Kiel), als Vertreter des Gauvorstandes, gab in sehr ausführlicher Weise den Bericht von der Tarifausschulbung, wie ihn der Kreisvorsitzende, Kollege Runkler (Samburg), auf der Kreisversammlung erhalten hatte. In der hier sich anschließenden heftigen Debatte wurden scharf die minimalen Löhne der Provinzkollegen im Verhältnis zur Großstadt kritisiert. Hierauf wurde mit unwesentlichen Änderungen die in Samburg gefasste Resolution angenommen. Darin wird die ab 1. November zu zahlende Steuerungsulage für durchaus ungenügend erklärt und bedauert, daß die Gehilfenvertreter der unverschämten Taktik der Prinzipale, die eine glatte Verböhnung der Notlage der Gehilfen bedeutet, unterlegen sind. Die Gehilfenchaft des Bezirks Gulst lehnt es ganz entschieden ab, in erster Linie mit Rücksicht auf die schon seit langem ungenügende Steuerungsulage in sämtlichen Orten ihres Bezirks, die neue Regelung der Entlohnung über die jetzt laufende Tarifperiode hinaus auszuweihen. Sie ist der Ansicht, daß mit Inkrafttreten des neuen Tariffs mit dem bisherigen Durchelander und mit dem großen Unterschied in der Entlohnung aufgeräumt sein muß, und erklärt, daß sie nur Interesse am Abschluß eines neuen Tariffs hat, wenn er ihr ausreichende Existenzbedingungen schafft. Da das durch dieses Abkommen nicht erreicht wird, fordert sie die sofortige Kündigung des Steuerungsulagenabkommens zum 1. Januar und Schaffung eines Lohntariffs, der die Unterschiede in der Entlohnung von Provinz- und Großstadtkollegen auf ein gerechtes Maß zurückführt und allen Kollegen eine anständige Lebensführung erlaubt.

Friedrichroda-Waltershausen. In untrés am 28. November in Waltershausen abgehaltenen Versammlung wurde u. a. auch zur letzten Steuerungsulage Stellung genommen. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß das Resultat besonders für die Verheirateten als vollkommen unzureichend bezeichnet werden muß, und man

war übereinstimmend der Ansicht, daß ein großer Teil der Prinzipale zu höheren Zugeständnissen wohl in der Lage sei; hat sich doch der Fall erst kürzlich ereignet, daß eine tariffreie Druckerei in Friedrichroda bei 100 Stück Verlobungsanzeigen einen Preisuntertrieb von 50 Mk. herauskalkulierte, was doch mit dem Druckprelltarif unvereinbar sei. In untrés Gehilfenvertreter wurde eine entsprechende Resolution gefaßt.

Goslar a. S. Am 29. November fand hier eine außerordentliche Versammlung statt, die sich eingehend mit der neuen Steuerungsulage, die allgemein große Entrüstung hervorrief, befaßte. Es wurde folgende Entschließung angenommen, die allgemeinen Anklang fand: „Die heutige Versammlung lehnt einstimmig die vom Tarifausschusse festgesetzte Steuerungsulage ab, da sie keinen Ausweg für die jetzt allgemein zunehmende Steuerungs bringt. Insbesondere wird der Vermittlungsvorschlag des Kollegen Schleps als das Äbel bei dem geringen Ausmaß angesehen. Es wird erwartet, daß spätestens bis zum Januar neue Verhandlungen aufgenommen werden, damit wir endlich aus dem Druck herauskommen.“

Großsch-Began-Zwenkau. Eine Versammlungsbesuch, wie man ihn nicht gehabt hatte, wies die am 27. November abgehaltene Versammlung auf. Kollege Bogenski, einer untrés Älten, wollte unter uns, um uns über die Tarifverhandlungen Bericht zu erstatten. Die sich daran anschließende Diskussion ergab, daß alle Redner die von untrés Gehilfenvertretern geleistete Arbeit anerkannten. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heutige Versammlung spricht sich mit Abdrück des Berichts des Kreisvorsitzenden Bogenski über die Tarifausschulbung zwecks Schaffung eines neuen Tariffs ihre Entrüstung aus über den Widerstand der Prinzipale gegen jede den neuen Zeitgeist und Verhältnissen entsprechende Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, insbesondere gegen jede zur Behebung der Arbeitslosigkeit so notwendige Verkürzung der Arbeitszeit, und verzurteilt aufs schärfste das Bestreben derselben, den ohnehin nicht günstigen Tarif in einzelnen Bestimmungen noch zu verschlechtern, wie sie auch die gewährte Steuerungsulage angesichts der fortwährenden Verteuerung aller notwendigen Lebensbedürfnisse für völlig unzulänglich hält. Angesichts des Darniederliegens untrés Gewerbes empfiehlt sie aber den Kollegen die Annahme des neuen Tariffs unter dem Vorbehalt, die Durchsetzung der jetzt nicht erfüllten Forderungen mit allen Kräften weiter anzustreben.“ Können wir, daß gerade das letztere untrés Kollegen darin bringt, auch in Zukunft die Versammlung ebenso vollständig zu besuchen; denn nur wenn jeder seinen Mann stellt, werden wir das gesteckte Ziel erreichen.“

Saara-Münden. In der Versammlung am 28. November nahm die hiesige Kollegenchaft Stellung zu den Tarifverhandlungen. Die neue Steuerungsulage wurde als viel zu gering für die Provinz bezeichnet. Die Spannung in der Entlohnung zwischen Großstadt und Provinz sei entschieden zu groß. Es müßten unverzüglich Schritte unternommen werden, um einen Ausgleich zwischen Steuerungsulage und Lohn herbeizuführen. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde auf das allerentschiedenste protestiert gegen den Ausfall der Steuerungsulage, die nur ein Gnadengeschenk für die Gehilfenchaft sei. Wenn wir auch anerkennen, daß von den Gehilfenvertretern das Möglichste versucht worden ist, so muß doch nach Auffassung der hiesigen Kollegen die neue Steuerungsulage sofort gekündigt werden und eine dementsprechende Aufbesserung der Löhne vorgenommen werden. Wir erwarten von den Gehilfenvertretern, daß diesem Verlangen sofort Rechnung getragen und die nötigen Schritte unternommen werden, um der Prinzipalkität zu zeigen, daß die Gehilfenchaft mit Hungerlöhnen nicht zufrieden ist.

Seide (Hollz). Die am 28. November in Meisdorf abgehaltene Bezirksversammlung war besucht von 48 Kollegen. Kollege Prüter (Kiel) berichtete ausführlich über die Tarifverhandlungen. Wenn auch vieles nicht von dem erreicht worden sei, was wir gewünscht hätten, namentlich die Erhöhung der Steuerungsulage habe in keiner Weise befriedigt, so empfahl er doch die Annahme des neuen Tariffs. In der Diskussion kam namentlich die minimale Höhe der letzten Steuerungsulage zur Sprache. Von allen Rednern wurde empfohlen, den neuen Tarif abzulehnen. Gleichzeitig wurde die Haltung der „Korr.“-Redaktion einer scharfen Kritik unterzogen. In einer Resolution, die Annahme fand, wurde erklärt, daß bei der fortwährenden Steigerung aller Lebensmittelpreise eine Lohnverböhnung von 9, 14 bzw. 18 Mk. eine lächerliche Geringfügigkeit sei. Durch die angeführten Druckpreistarverhöhung würden auch diese Mehrkosten auf die Verbraucher abgewälzt. Hier sei die Schraube ohne Ende. Durch das fortgesetzte Steigen aller Preise sinkt die Kaufkraft immer mehr. Durch die Herabsetzung der Entschädigung für Verküßarbeiten werde der Produktionslabotage und der Betriebsstilllegung Vorschub geleistet. Die Illusion, daß durch Tarifgemeinschaften mit dem Unternehmern das Arbeitsloseneud befähigt werden könnte, werde durch das Schließen der Betriebe zerstört. Die Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess könne nur gegen das Unternehmertum durch die Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte erfolgen.

Aus diesen Gründen lehnte die Versammlung das Ergebnis der Verhandlungen ab und forderte Ablehnung des Tarifs, eine wöchentliche Lohnserhöhung von 50 Mk., rückwirkend ab 1. Oktober, und, um bei der steigenden Teuerung nicht gebunden zu sein, mit diesbezüglicher Kündigung; volles Kontrollrecht der Betriebsräte, Mitbestimmung bei Einstellung und Entlassung. Die Versammlung erklärte sich bereit, den Kampf um eine materielle Besserstellung und um die Befestigung des Arbeitslosenstands zu führen, Schuler an Schuler mit der gesamten Arbeiterschaft. Von der „Korr.“-Redaktion wurde gefordert, daß sie ihre Schreibweise auf eine Zusammenfassung aller Mitglieder im Kampfe gegen den Kapitalismus richte. (Diese für uns selbstverständliche Forderung ist an eine andere Adresse zu richten. Red.) Betreffs Festsetzung des Bezirksbeitrags wurde derselbe von der Versammlung abgelehnt. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Burg i. Wlthm. gewählt. Unter „Verkleiden“ wurde vom Kollegen Koch (Sulum) die Arbeitslosenfrage angesprochen. Es wurde beschlossen, eine Kommission aus vier Mitgliedern zu wählen und zwar zwei aus Sulum und zwei Mitglieder des Bezirksvorstandes. Diese Kommission wird weitere Schritte zur Unterstüßung der Arbeitslosen unternehmen. Alsdann wurden noch die Situationsberichte aus den verschiedenen Orten entgegengenommen. Die tariflichen Verhältnisse waren als befriedigend anzusehen. Dergleichen ist die Einführung der neuen Teuerungszulage glatt vonstatten gegangen. Betreffs der Ausbildung der Lehrlinge und deren Bezahlung nach den neuen Bestimmungen waren allerdings verschiedene Mängel vorhanden. Kollege Jörs (Heide) erluchte die Vertrauensleute, Berichte an ihn in Sachen der Lehrlinge zu senden, damit von ihm als Vorsitzendem die nötigen Schritte unternommen werden könnten.

Karlsruhe. Die Versammlung am 25. November hatte einen starken Besuch aufzuweisen, auch die Bezirksräte hatten Vertreter entsandt, um die Berichterstattung des Kollegen Klein über die Tarifverhandlungen entgegenzunehmen. Nach Schilderung der großen Verhandlungsschwierigkeiten, zum großen Teil bedingt durch die wirtschaftlich traurige Lage im Gewerbe, und Gegenüberstellung des Ertragens mit den von Prinzipalstelle beantragten Verschlechterungen, ging der Referent auf die durch eine eventuelle Ablehnung des Tarifs entstehende tariflose Zeit ein, die den Verlust von manchen bis jetzt erreichten Fortschritten bringen würde. Wenn unter den gegebenen Umständen das Zugeständene nicht das sei, was unbedingt wünschenswert gewesen wäre, so kann wohl durch einbittlichen Willen auf dem Erreichten weitergebaut werden. Die Diskussion war eine sachliche und wurden die Bemerkungen unserer Vertreter, einen besseren Abschluß zu erlangen, voll gewürdigt, obwohl man hätte annehmen dürfen, daß im Verhältnisse zu dem Erreichten die Verhandlungsdauer eine kürzere sein konnte. Allgemein war die Empörung über die beschlossene Teuerungszulage, die geradezu eine lächerlich geringe und als eine Verhöhnung und Herausforderung betrachtet werden muß. Das unsoziale Verhalten und Entgegenkommen der Prinzipale muß sich jetzt oder später zum Schaden des Gewerbes rächen. Es wird erwartet, daß in aller Kürze erneute Verhandlungen über diesen Punkt ausgenommen werden. Nachdem Kollege Klein noch die an ihn gestellten Fragen beantwortet, schloß er mit der Mahnung, bei der Urabstimmung über den neuen Tarif sich der Verantwortung bewußt zu sein. Der Vorsitzende Maier gab noch das am 1. Januar n. J. erfolgende Ausscheiden unseres langjährigen Verwalters W. Hof bekannt, der die Stelle eines Gewerkschaftssekretärs am hiesigen Ort übernimmt. Obwohl der Vorstand alles versucht hatte, um Kollegen Hof auf seinem so gewissenhaft und gut ausgefüllten Posten zu erhalten, scheiterten die Versuche. Möge er in seiner neuen Stellung Befriedigung finden!

München-Neuhausen. In einer am 26. November abgehaltenen Generalversammlung unseres Ortsvereins, die vollständig besucht war, wurde Stellung genommen zu der uns vom Tarifausschuß als Weihnachtsgeschenk bescherten Teuerungszulage. Nach längerer Aussprache gelangte eine Entschlußfassung einstimmig zur Annahme, in der schärfste Protest erhoben wird gegen die geradezu lächerliche Teuerungszulage von 10, 15 und 20 Mk. Wir Buchdrucker im hiesigen Bezirke stehen um 100 Mk. und mehr pro Woche schlechter da, als die übrigen gelernten Arbeiter. Die hiesigen Kollegen fragen, zu welchem Zweck eigentlich die zweimal auszufüllenden Lohnstatistiken der hiesigen andern Berufe gedient haben? Insbesondere erhob die Versammlung heftige Vorwürfe gegen den Geschäftsführer Schlies wegen seines Vermittlungsverschlages und forderte weiter, daß in aller Kürze erneut Verhandlungen wegen Erhöhung der Teuerungszulagen stattfinden.

Magdeburg. Am 26. November nahmen wir in unserer Versammlung Stellung zu den vom Tarifausschuß beschlossenen Teuerungszulagen. Unser Gehilfenvertreter König (Salle a. d. S.) gab einen ausführlichen Bericht von den Tarifverhandlungen. Mit Entrüstung nahm die Versammlung Kenntnis von dem mehr als minimalen Ausfall der Teuerungszulage. Die Herabsetzung der Entschädigung bei Verkürzungen wurde scharf verurteilt. Den Gehilfenvertreter sprach die Versammlung für die mißverworfene Tätigkeit ihre Anerkennung aus. Die Versammlung nahm folgende Entschlußfassung an: „Die Versammlung des Ortsvereins Magdeburg kann sich mit der letzten Teuerungszulage nicht einverstanden erklären und beauftragt den Kollegen König, sobald wie möglich Verhandlungen zwecks Festsetzung einer neuen Teuerungszulage einzuleiten.“ — In unserm Vierteljahrsbericht im „Korr.“ Nr. 128 ist dem Berichterstatter ein Verstum unterlaufen, der hiermit richtiggestellt wird. In

der 17. Zeile heißt es dort: „Das ganze Referat war parteipolitisch aufgebaut.“ Es muß heißen: „Das ganze Referat war nicht parteipolitisch aufgebaut.“

Mainz. In einer gutbesuchten Allgemeinen Buchdrucker-Versammlung am 24. November erstattete Gehilfenvertreter Repetis (Frankfurt a. M.) den Bericht von den Tarifverhandlungen. Redner verstand es, in klarer, sachlicher Weise den Gang der Verhandlungen und ihre Schwierigkeiten zu schildern, wofür ihm lebhafter Beifall zuteil ward. Wenn auch die Versammlung dem neuen Tarifabschlusse nicht ablehnend gegenüberstand, so erachtete sie doch das materielle Ergebnis als direkt unzureichend. Da die heilige Prinzipalität örtliche Verhandlungen zwecks Festsetzung einer höheren Zulage abgelehnt hat, erwartet die Gehilfenchaft von Mainz und Umgebung, daß durch alsbaldigen Kreisratsbeschlusse den berechtigten Forderungen auf Festlegung einer höheren Teuerungszulage für das besetzte und Industriegebiet des Kreises III entgegenwird. Zwecks Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für die Arbeitslosen wurden bereits seitens des Bezirksvereins Mainz im Sinne des Aufrufs vom 18. November bei der hiesigen Prinzipalität diesbezügliche Schritte unternommen.

München. In der Ortsvereinsversammlung am 25. Oktober wurden nach der üblichen Ertrags eines verstorbenen Kollegen 21 Aufnahmen vollzogen und zu einer vom Gewerkschaftsverein errichteten Aurb-Gesner-Gedächtnisfeier 300 Mk. bewilligt. Hierauf gab Kollege Hans Brudner einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen des Betriebsrätekongresses in Berlin, woran sich eine kurze Aussprache knüpfte, die sich weniger mit den Beschlüssen dieses Kongresses befaßte als mit dem Austausch von Anschauungen, wie es möglich wäre, die Rechte der Arbeiterschaft im allgemeinen zu festigen und zu erweitern. — In einer Vertrauensmänner-Versammlung am 2. November wurde ein von einer vor längerer Zeit eingesetzten Kommission vorgelegter Entwurf zu einem neuen Statut für den Ortsverein durchberaten und daran verschiedene Änderungen vorgenommen. Der Entwurf wird nun einer nochmaligen Beratung durch die Kommission und die Vorstandschaft unterzogen und dann darüber von einer Ortsvereinsversammlung endgültig beschlossen werden. — In einer Versammlung der gesamten graphischen Arbeiterschaft am 15. November sprach der Gauvorsitzende der Lithographen, Kollege Oskar Dürr, über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Arbeiter im graphischen Gewerbe. Er gab einen Rückblick über die bisherige Tätigkeit der einzelnen graphischen Organisationen und besonte, daß nun die Zeit gekommen sei, die Idee des graphischen Industrieverbandes zu realisieren, denn alle Vorkommnisse im politischen und wirtschaftlichen Leben beweisen, daß nur der Zusammenschluß zu großen Verbänden es ermöglichte, die Rechte der Arbeiterschaft zu wahren und die Lebenslage der graphischen Berufsangehörigen zu verbessern. In der lebhaften Aussprache wurde allgemein die Notwendigkeit des Zusammenschlusses anerkannt und, dann folgende Entschlußfassung angenommen: „Die Versammlung erkennt die Schaffung des Industrieverbandes als notwendig an. Sie unterstreicht die auf dem Gewerkschaftskongress in Nürnberg gefassten Beschlüsse und Richtlinien. Die Gewerkschaften erblicken im Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation. Die von ihnen erstrebte Betriebsdemokratie und Umwandlung der Einzelverträge in Kollektivverträge sind wichtige Vorarbeiten für die Sozialisierung. Die weitere Mitarbeit der Gewerkschaften auf diesem Gebiet ist unentbehrlich. Der von den graphischen Verbandsvorständen herbeigeführte Zusammenschluß im Graphischen Bund kann daher nur als erste Maßnahme Billigung finden. Von den örtlichen Kartellen wird jedoch erwartet, daß sie alles tun, um den Zusammenschluß der vier Verbände zu einem Industrieverbande zu finden. Die Münchner graphischen Arbeiter protestieren gegen die Verzögerung, die bei dem Zusammenschlusse zum Industrieverbande zutage tritt, und beauftragen die vier Hauptverbände, schleunigst die nötigen Schritte zur Herbeiführung des Graphischen Industrieverbandes zu unternehmen.“ — Über die Tarifverhandlungen in Berlin berichteten die Kollegen Semmerich und Söbner in einer außerordentlichen Generalversammlung am 22. November. Die beiden Redner gaben eine ausführliche Darstellung über die Schwierigkeiten der Verhandlungen. Es sei aber doch gelungen, die vielen Verschlechterungen der Prinzipalansprüche zur Tarifrenewierung abzuwehren und mehrere Verbesserungen für die Gehilfenchaft zu erreichen. Wenn es auch nicht gelungen sei, alle Forderungen der Gehilfen durchzudrücken, so sollen die Kollegen in der vorzunehmenden Urabstimmung für Annahme des neuen Tarifs stimmen und während der zweijährigen Tarifpause dafür wirken, daß dann Besseres an dessen Stelle geleistet werden kann. In der Aussprache bemerkte ein Kollege, daß auch die jetzigen Tarifverhandlungen wieder bewiesen hätten, daß mit dem alten Wirtschaftssystem gebrochen werden müsse, wenn ein idealerer Zustand für die Arbeiterschaft erreicht werden soll. Die Profitwirtschaft müsse von der Gemeinwirtschaft abgelöst werden. Die Produktion müsse in ganz andre, vernünftiger Bahnen gelenkt werden, wenn die berechtigten Interessen der arbeitenden Klasse bedrängt werden sollen. Mit den Arbeitsgemeinschaften könne dies aber nicht erreicht werden. Aber trotzdem müsse man sich die Vorteile des neuen Tarifs sichern und sich für den kommenden Kampf vorbereiten. Die beiden Referenten bemerkten im Schlußworte, daß zur Durchführung dieser Forderungen auch der jetzt geschaffene Tarif ein weiterer Schritt sei und daß man bei einer solchen Umgestaltung der Wirtschaftsweise die Verhältnisse des Gewerbes im Auge behalten und von Stufe zu Stufe fortschreiten müsse. Außerdem wurden sechs Aufnahmeversuche erledigt, die Abrechnungen des Gaues für das zweite und des

Ortes für das dritte Vierteljahr genehmigt und verschiedene Mitteilungen zur Kenntnis genommen. Beschlossen wurde, am 25. Dezember wieder eine Weihnachtssfeier abzuhalten. Der Bildung paritätischer Sachausschüsse für das graphische Gewerbe bei der Handwerkskammer wurde zugestimmt, weil dadurch die Möglichkeit geschaffen wird, in Lehrlingsfragen mitwirken zu können. Die vier Vertreter werden von Gau- und Ortsvorstand ausgewählt.

Neumünster. Am 28. November fand in Bordesholm die zweite Bezirksversammlung in diesem Jahre statt, die von 42 Kollegen aus fünf Bezirksorten besucht war. Der Bezirksvorsitzende teilte u. a. mit, daß die notwendige ständige Fühlungnahme der Bezirksorte mit dem Vorort oft zu wünschen übrig läßt. Die tariflichen Verhältnisse im Bezirke sind, von einigen Ausnahmen abgesehen, normal. Gauvorsitzendemitglied Kollege Dreßler (Stiel) hielt lobend eine besänftigend aufgenommenes Referat über die Tarifverhandlungen, wobei er auch der Schwierigkeiten gedachte, mit welchen unsere Vertreter zu kämpfen hätten. Seine großen Errungenen bringe der neue Tarif, wohl aber seien die uns von Prinzipalstelle zugebachten Verschlechterungen abgewehrt worden. Eine von der Kreisversammlung in Hamburg in Vorschlag gebrachte Resolution fand einstimmige Annahme. Sie wendet sich gegen das letzte Teuerungszulagenabkommen, das nicht im geringsten einen Ausgleich zwischen Lohn und Lebensunterhalt schafft und dessen sofortige Kündigung verlangt wird. Gerügt wurde das Verhalten des Geschäftsführers des Tarifamts, Kollegen Schlies, bzw. sein eigenartiger Vermittlungsverschlages bei der Festlegung der Teuerungszulage. Als nächster Tagungsort wurde Idstedde bestimmt.

Stettin. Am 26. November fand hier eine Versammlung tariffreier Gehilfen statt, in der unser Gehilfenkreisleiter G. Reinke von den Tarifverhandlungen einen ausführlichen Bericht gab. Er selbst gab zu, daß das Ergebnis — namentlich die hohe Teuerungszulage — nicht genüge, um die in letzter Zeit rapid gestiegenen Lebensmittelpreise auch nur einigermaßen ausgleichen zu können. In der anschließenden Aussprache verurteilten fast alle Redner das zu Kaufe Gebrachte und erblickten darin eine direkte Herausforderung seitens der Prinzipalität. Sie verurteilten aber die Mühe und Arbeit unserer Vertreter bei den Verhandlungen keineswegs. Die Mehrheit der Versammelten empfahl die Ablehnung des Tarifvertrags bei der Urabstimmung und verlangte sofortige Neueinleitung von Verhandlungen. Folgende Entschlußfassung wurde mit großer Mehrheit angenommen: „Die heute in ‚Kob‘ Festhalten‘ versammelte tariffreie Gehilfenchaft des Kreises XI erklärt nach Entgegennahme des Berichts über den Abschluß des neuen Tarifs, daß derselbe nicht im geringsten ihren Erwartungen und den ihrerseits gestellten Anträgen entspricht. Sie beauftragt deshalb ihre Vertreter zu neuen Verhandlungen mit der Prinzipalität und erwartet Ergebnisse, die den materiellen wie idealen Bestrebungen der Arbeiterschaft der heutigen Zeit auf dem Wirtschaftsfeld unbedingt Rechnung tragen. Die Gehilfenchaft erklärt aber auch gleichseitig, falls die Prinzipalität von ihrem Machtpunkte nicht abgeben sollte und der Not und dem Mangel dem Buchdruckergehilfen kein Verständnis entgegenbringen sollte, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für ihre gerechten Forderungen bis zum äußersten einzustehen.“

K.-D. Urm-Reuim. In einer außerordentlichen Versammlung unserer Mitgliedschaft sprach am 27. November Kollege Klein (Stuttgart) über die Verhandlungen des Tarifausschusses. Der Referent griff die wichtigsten Punkte heraus und brachte sie in interessanten Ausführungen zu Gehör. Die schwierigen Auseinandersetzungen bei der Beschlußfassung der Teuerungszulagen ließ erkennen, daß nicht mehr herausgeholt werden konnte, um dem Lebensunterhalt zu genügen. Der Referent verwies noch in der Hauptsache auf die verantwortungsvolle Urabstimmung, in der man einmütig für den Tarif eintreten möge. Die Stimmung der Versammlung ließ erkennen, daß dies eine dringende Anforderung sei und daß man mit den Ausführungen des Referenten einig gehen könne. Die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Mitarbeit führte Kollege Klein in seinem Schlußworte den Kollegen klar vor Augen. Dem Referat folgten die Kollegen mit sichtlichem Interesse und zollten dem Referenten lebhaften Beifall.

Stiel. Am 25. November nahm der hiesige Ortsverein in gutbesuchter Versammlung Stellung zu der neuen Teuerungszulage. Die Empörung der Kollegen war allgemein. Das Verhalten des Geschäftsführers des Tarifamts, Kollegen Schlies, wurde von verschiedenen Rednern scharf geteilt. Bezirksvorsitzender Klopach erstattete Bericht von der letzten Bezirksleiterkonferenz und verpflichtete den neuen Tarif in längeren Ausführungen. Nach ausgiebiger Diskussion stellte sich die Versammlung einmütig auf den Standpunkt, daß der neue Tarif unbedingt abzulehnen sei, da er der Gehilfenchaft so gut wie keine Vorteile bringe und nicht der Not der Zeit entspricht. Unverantwortlich sei vor allem die Zustimmung der Gehilfenvertreter zu dem Vorschlag der 25prozentigen Entschädigung bei Verkürzungen. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an: „Die sämtlichen im Verbands der Deutschen Buchdrucker organisierten Gehilfen von Stiel betrachten die neue Teuerungszulage und den neuen Tarif als eine Verhöhnung. Sie protestieren gegen die geringe soziale Einsicht der Unternehmer im Buchdruckergewerbe und betrachten die Zustimmung der Gehilfenvertreter zu den Abmachungen als Verrat. Sie fordern, daß die Verbandsleitung unverzüglich Schritte unternimmt, um baldigst neue Lohnverhandlungen einzuleiten. Bei neuen Lohnverhandlungen ist unbedingt dafür Sorge zu tragen, daß die Gültigkeitsdauer nie länger als ein Vierteljahr dauere.“

Der richtige Weg

Die freien Gewerkschaften haben seit der politischen Umwälzung in Deutschland eine ganz enorme Steigerung ihrer Mitgliederzahl erreicht. Naturgemäß sind in dem neuen Zuwachs eine große Zahl Mitglieder enthalten, denen die dahin der Organisationsgedanke als etwas Unklareres erschien oder die den freien Gewerkschaften direkt feindlich gegenüberstanden. Nach dem Zusammenbruch Deutschlands und der darauffolgenden politischen Umwälzung wurde es nun mit einem Schlag anders. Da waren es die freien Gewerkschaften, welche, einem Gebote der Stunde entsprechend, mit den Unternehmerorganisationen sich schon vorher zu einer Reichsarbeitsgemeinschaft und daraus hervorgehenden politischen Arbeitsgemeinschaften zusammenschlossen. Der Zweck war dabei mit, auf dieser Grundlage den wirtschaftlichen Wiederaufbau unseres zusammengebrochenen Vaterlandes zu ermöglichen. Dabei konnte unfernen alten Forderungen: Achtstundentag und freies, unbeschränktes Koalitionsrecht, zum Siege verholfen werden.

Somit war es erklärlich, daß die Zahl der den freien Gewerkschaften zufließenden neuen Mitglieder lawnenartig anstiehwoll. Für diese Massen war nach ihrer Meinung jetzt der Augenblick gekommen, wo man den Unternehmern die Bedingungen, die man früher überhaupt nicht zu stellen wagte, nur zu diktieren brauchte. Die „Diktatur des Proletariats“ stand im Vordergrund allen Interesses. Wir hatten wohl die politische Macht erobert, aber die Macht in wirtschaftlicher Beziehung, durch Niederbringung des Kapitalismus, zu erringen, dies blieb uns verlag. Verlag zum großen Teil deshalb, weil das Proletariat, anstatt gemeinsam gegen seinen Todfeind zu Felde zu ziehen, sich den Luxus erlaubte, getrennt, je nach ihren politischen Anschauungen, den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung aufzunehmen. Und heute müssen wir es schmerzlich eingestehen, daß man dieser Hydra Kapitalismus im ersten Ansturm wohl einige Köpfe abhauen konnte, daß ihr dafür aber desto mehr neue Köpfe nachwachsen. So stellt heute der Kapitalismus eine Macht dar, dessen Gebaren immer schroffere Formen annimmt. Die Not des Volkes, die täglich größer wird, ist neben dem drückenden „Diktat von Versailles“ mit all das Schwandron der Kapitalisten zu sehen. Man schimpft in diesen Kreisen heute wohl auf die höchsten Röhren der Arbeiterkraft, die diesen sind jedoch nur ein Produkt ihres wucherlichen Gebarens der Kapitalistenklasse. In der Erziehung eines recht hohen Profits kennt man überhaupt keine Grenzen mehr. Die in Nr. 112 des „Korr.“ veröffentlichte kleine Liste vertrieblicher Dividenden der verschiedensten Industrienunternehmungen muß es jedem zum Bewußtsein bringen, daß die angeblich „hohen Arbeitslöhne“ es den Betrieben trotzdem ermöglicht haben, noch um vieles höhere Unternehmergewinne durch die Arbeiter herauszuwirtschaften zu lassen.

Jede Lohnforderung der Arbeiterkraft, um damit einen Ausgleich in der ständig sich verschlechternden Lebenslage herbeizuführen, haben die Kapitalisten regelmäßig dazu benutzt, um auch für sich einen recht erheblichen Mehrwert zu erzielen. Es muß endlich einmal das Märchen verschwinden, daß es die hohen Löhne sind, welche uns die Teuerung gebracht haben. Schuld ist nur die Unternehmerklasse, welche ständig versucht, aus der Haut des darbenenden Volkes noch die Nerven zu schneiden, womit es geschäftigt werden soll.

So ist es wohl erklärlich und zu verstehen, wenn der Mißmut gegen die bestehenden Verhältnisse von Tag zu Tag immer weitere Kreise zieht, und sich in spontanen Willensäußerungen Luft macht. Die Aufgaben, die den Gewerkschaften zur Durchführung übertragen werden, sind somit ganz gewaltig. An den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen muß aber selbst manche als „unausschleubar“ bezeichnete Frage scheitern. Die Verhältnisse sind eben fürchter als wir. Anstatt dieses nun bei Beurteilung der gewerkschaftlichen Tätigkeit mit in Betracht zu ziehen, sind es allerorts die radikalen Kreise, welche heute mehr als früher die Gewerkschaftsarbeit als Siphonsarbeit bezeichnen und behaupten, daß es nur die Gewerkschaften sind, welche uns, anstatt aus dem Sumpfe heraus, nur immer tiefer in denselben hineinführen. Auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung sei ein Herauskommen aus dem wirtschaftlichen Chaos gar nicht möglich. Nur vergibt man von jener Seite stets dabei zu sagen, wie ein Aus-dem-Sumpfe-Herauskommen möglich sei. Erklärte doch selbst auf dem ersten Betriebsrätekongreß der Kommunisten Brandler, daß, wenn der Kampf gegen den Kapitalismus nach ihrer alleinigmachenden Methode aufgenommen werde, selbst dann das Chaos nicht verschwinden würde, sondern vorübergehend würde die Reiben des Volkes noch weit größer werden, und doch sei dieser Weg nur der allein richtige. Aber für diesen Weg, der uns trotz aller Schönmalerei nicht aus den Fesseln der kapitalistischen Wirtschaft auf die befreiende Bahn der sozialistischen Produktionsweise führen wird, sondern uns nur noch weit größere Not und größeres Elend bescheren wird, bedankt sich die Mehrzahl der Arbeiterkraft bestens.

Nun hat gerade dieser Kongreß allen Klardenkenden die Augen darüber geöffnet, daß die Arbeiterkraft heute noch weiter denn je davon entfernt ist, aus der gesamten wirtschaftlichen Lage und dem zunehmenden Erstarken des Kapitalismus die richtige Lehre, aus allem diesen zu ziehen, und eine geschlossene Front gegen alles, was bestrebt ist, die Arbeiterkraft an der Entfaltung ihrer wirtschaftlichen Macht zu hindern, zu bilden. Heute will man nicht nur die Gewerkschaften zum Sammelpunkte politischer Leidenschaften machen, sondern auch die Betriebsräte sollen vor den Karren, welcher nach dem alleinigmachenden Moskauer führt, gespannt werden. Hiergegen müssen sich die Betriebsräte energisch wenden, und der Kongreß hat zu dieser Frage auch die einzig richtige Haltung eingenommen. In diesen Zerstückelungsversuchen hat das gesamte Unternehmertum das allergrößte Interesse.

Wir haben in unser Republik wohl die politische Umwälzung und Neuordnung erreicht, aber auf wirtschaftlichem Gebiete sind wir mit dieser unbedingt nötigen Neuordnung noch sehr weit zurück. Wir sind aber die ersten Anfänge dazu nicht hinaus. Hier muß vor allem die Zukunftsarbeit innerhalb der Gewerkschaften einlehen. Es muß den Massen, welche uns erst seit der Revolution beigegeben sind, zum Bewußtsein gebracht werden, daß es jahrzehntelanger Kämpfe der einzelnen Gewerkschaften bedurft hat, um all das zu erringen, was zur Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterkraft gefordert wurde. Heute sehen wir, wie welche Kreise all diese geleistete Arbeit mit einem Nichts abtun wollen. Heute will man die gesamte Gewerkschaftsbewegung zum Sammelpunkte der antiseitlichen politischen Leidenschaften machen, um Parteipolitik in größtem Maße treiben zu können. Anstatt auf noch engeren Zusammenhalt in den Gewerkschaften zu dringen, um somit dem Unternehmertum eine geschlossene und einige Macht entgegenzusetzen, befreit man als neuesten Sport in den Gewerkschaften Zerlegungsarbeit und gebraucht dafür das schöne Wort „kommunistische Zellen“. Es muß angeklagt dieser Taktik allen zum Bewußtsein kommen, daß mit dieser einschlagenden Taktik die Gewerkschaften in ihrer gesamten Tätigkeit, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen, vollständig lahmgelegt wurden.

Wir sind alle mit den heutigen Verhältnissen unzufrieden, und uns alle befehlt der Wunsch, daß wir aus diesem Chaos wieder herauskommen. Es fragt sich nur, ob es richtiger ist, in den Gewerkschaften Zerlegungsarbeit zu leisten oder tatkräftig mitzuarbeiten an der Verbesserung der Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung. Es führen verschiedene Wege nach Rom, und wie wir es in dem unendlich langen Völkerkriege gelernt haben, ist nicht der Weg der richtige, welcher wohl direkt an das gesteckte Ziel führt, wo aber die Angreifer, weil vollständig ungedeckt, dabei große Verluste erleiden, und doch wieder in ihre Ausgangsstellung zurück müssen; sondern dies ist der richtige Weg, welcher wohl beschwerlicher, da er durch Geßtrüpp und Dornen führt, und auch nur auf Umwegen das Ziel zu erreichen ist, dafür uns aber desto höherer zu unserm Ziele führt, und dies ist für uns: Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise und Aufbau einer sozialistischen Gemeinwirtschaft.

Albed.

R. Landgraf.

Ablehnen!

Serb! Das Leben in der Natur beginnt langsam abzusterben. Nebelchwaden wälzen sich über das Land. Düstere Stimmung breitet sich aus. Und doch gibt gerade der Herbst zu vielerlei Betrachtungen Anlaß. Uns Buchdrucker ist er nahezu symbolisch geworden durch die Auseinanderlegung und Zerstückelungsversuche mit dem großen Bruder Prinzipal. Immer ein Bild, das an die Kraben gemahnt, die sich um das Futter streiten.

Was an saurer Arbeit getan werden mußte, um dem Mutterboden die Nährstoffe für Menschen und Kreaturen abzugewinnen und kostliche Rohstoffe zu erzeugen, läßt nicht immer der Ertrag erkennen. Eins nur kann der Besitzlose konstataren, ob gute oder schlechte Ernte, selten kommen der Arbeit Früchte ihm zugute. Die Ursache ist habeslegend. Wir finden sie in dem heutigen Grund- und Bodenbesitz, in der gesamten gesellschaftlichen Einrichtung. Besonders in den Herbsttagen der letzten Jahre haben wir die Darbenden mit gekrümmtem Rücken die Furen zu Hunderten abfluchen, abkloppeln sehen, unter Gefahr, vom Besitzer über den Haufen geschossen zu werden, denn krasser Egoismus und Schadenfreude wider den „Stadtsack“ ist bei der Landbevölkerung emporgewuchert.

Statt sich des fruchtbringenden Herbstes erfreuen zu können, werden die Arbeiter die Sorgen nicht los und müssen sich mit der Frage beschäftigen: Wie können wir den Preis für die notwendigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel bestreiten? Der Lohn reicht nie. Neue Lohnforderungen resultieren daraus. Die idealen Forderungen, die bei weitem mehr durchgedrückt werden sollten, treten immer mehr zurück. Am die Wagenfrage geht es allein. So auch rollte sich das Bild der Tarifverhandlungen wie ein sozialer Film vor unsern Augen ab.

Mit Tamtam will ich nicht sagen, aber mit ziemlich geschwellen Segeln ließ man mit einem Ballast von Anträgen und Beweismaterial ins Meer der Beratungen. Die Wogen gingen hoch, bedenklich hoch, so daß kurzerhand Ballast über Bord geworfen wurde. Das Schifflein bog bald wie eine Nubische auf den wildbewegten Wellen hin und her. Es drohte des Üblers zu scheitern. Nur dadurch, daß alle idealen Forderungen entfernt wurden, sollte man das Schifflein in den Tiefen, von dem aus der Weg die Seefranken in die Verhandlungszimmer führte. Vier Wochen mühten sich die Interessensvertreter ab, um, ja, um... die Erhaltung der alten Tarifgemeinschaft. An einen Ausbau, oder wie es so schön hieß, an eine Modernisierung war nicht zu denken. Der Gedanke der Gemeinwirtschaft des Gewerbes erwarb sich nicht einmal eine platonische Anebenkennung, sondern löste Hohn aus. Mit Sägen und Würgen, Bitten und Flehen erreichte man eine unzureichende Teuerungszulage, um damit alles andere leichter in Kauf nehmen zu können und das Wichtigste vergessen zu machen.

Von allen veröffentlichten Beschlufsprotokollen ist das erste im „Korr.“ Nr. 125 gebracht das wichtigste. Hier finden wir eine gewisse Frische, sozusagen die dem Willen innewohnende Seele, die neue Tarifgemeinschaft nach sozialen Gesichtspunkten aufzubauen. Die Widerstände bei dem gebilligten Verträge traten aber sofort scharf und rücksichtslos in Erscheinung. Sie konnten nicht überwunden werden, weil zu klar der unüberbrückbare Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit zutage trat, und es wird nie möglich sein, auf dem Wege der Verhandlungen auch nur die Grundpfeiler der privatkapitalistischen Wirtschaftswelt schwach erschüttern zu können. Weil das mühte schon längst aus der Gedächtnis der Tarifgemeinschaft sich ergeben haben, ebenso durch die Geheißarbeit der Parlamente.

Aber damit ist dem Fortschritte der Menschheit in ihrer gesellschaftlichen Entwicklungsform nicht gedient und ändert nichts an der sozialen Struktur. Greifen wir nur den Gedanken der Schaffung eines Wirtschaftsamtens heraus. Die Unternehmer hatten keinerlei Sympathie dafür. Sie argwöhnten, damit der Sozialismus die Wege gebahnt zu sehen und lebten solche Experimente ab, betonten aber mit Nachdruck, daß die Wirtschaftlichkeit der Betriebe in keiner Weise beeinträchtigt werden darf. Sie riefen jedoch eine gute Wächterin über die Gehilfen, die an Maschinen beschäftigt sind. Ihre Arbeit soll noch mehr mechanischen Charakter annehmen, sie sollen nur als Bestandteil der Maschine gemerkt werden. In einem eingehenden Sachauschuss wird es noch Gelegenheit geben, diese Frage weiter zu ventilieren. In irgendeiner Form kann sie also doch noch schmachtig gemacht werden.

Die Sozialisierung wurde prinzipialseitig als ein Schlagwort, als ein Sprung ins Dunkle bezeichnet, demgegenüber die Gehilfenvertreter betont haben werden, einen Antrag auf Sozialisierung nicht haben stellen zu wollen. Die Entfaltung war erreicht, die Kraft gebrochen.

Der weitere Verlauf der Verhandlungen ist nicht mehr erhebend, interessiert weniger, dem mannhafsten Ausstreifen folgte das Scheitern. Und es wurde lange gefächelt und gehilfenseitig oft beteuert, daß es sich nicht um Forderungen von radikaler Seite handelte, daß die Lehrlingsabteilung der Gehilfenorganisation die jungen Leute nur von der politischen Radikalisierung abhalten sollte. Ein Jammer für wahr, zu leben, mit welchen Mitteln „gehämpt“ worden ist.

Wenn die Prinzipale die Tarifgemeinschaft als Vorläufer der Arbeitsgemeinschaft bezeichnen, so trifft das den Nagel auf den Kopf; für uns Veranlassung mehr, diese Gebilde äußerst kritisch zu betrachten. Die öfters wiederholte Redewendung gehilfenfestig, wenn das und das nicht bewilligt wird, haben die Gehilfen kein Interesse mehr an der Tarifgemeinschaft, mußte zuletzt abgeschwächt und unwahrhaftig wirken. Wo kein fester Wille, führen Worte allein nicht zum Ziel; die Gegenseite kennt diese Melodie und quillert innerlich lächelnd.

So ist der Extrakt der vierwöchigen Tarifverhandlungen, die einen schweren Baßen Geld verdrängen haben, durchaus nicht „nährkräftig“, bildet er keinen Quaderstein im Tarifgemeinschaftsgebäude. Die Teuerungszulage von 10 bis 20 Mk., die längst fällig war, fällt gegenüber der neuen Teuerungswelle nicht ins Gewicht. Sie als Blindmittel für den Abschluß einer so faden, jeden modernen Anfrichts ermangelnden Tarifgemeinschaft zu benutzen, muß aus Selbsterhaltungstrieb abgelehnt werden. Schon wieder triefet ein Ausruf des Tarifauschusses („Korr.“ Nr. 134) von Betreuerungen gegenseitiger Hilfe. Will man sich damit rechtzeitig in empfehlende Erinnerung bringen, daß der Zeitpunkt immer verpöht wurde, wenn Gelegenheit gegeben war, den sozialen Geist in das Tarifgemeinschaftsgebäude einzulassen zu lassen? An rechtem Glauben will mir es fehlen — immerhin steckt Methode dahinter.

Am 10. Dezember sollen die Kollegen über Annahme oder Ablehnung entscheiden. Gleichgültig darf keiner die Sache auflassen, wirklich keiner handeln. Er muß sich bemühen, Vor- und Nachteile ernstlich zu prüfen und die Frage erwägen, was bei Ablehnung zu geschehen hat, um sich durchzusetzen. Leicht wird es keinem fallen, weil die Erziehungsmethode der Mitglieder auf eine

farflosse Zeit nicht gerichtet war. Und da vielen das Semd näher liegt als der Tod, sagen sie sich, jetzt heißt es: „Vogel friß oder stirb!“ Zudem werden ihnen noch ganze Bündel platter Redensarten ins Gedächtnis gepumpt, „daß das Resultat zwar nicht befriedigend sein kann, daß es unvollkommen ist, wie alles unvollkommen ist, denn das Unvollkommene ist das Produkt unvollkommener Verhältnisse“, oder: „Saben wir auch nicht das erreicht, was wir erreichen wollten, so erreichen wir doch, daß Verschlechterungen verhindert wurden“. Trostworter für Schwachherzige! Merkwürdig für den Gegner, bluffartig stets mit Verbesserungsvorschlägen zu operieren.

Die vom Verbande verfolgte Tarifpolitik ist eine illusionäre, die niemals den Forderungen der Gehilfenschaft nötigen Nachdruck verschafft, sondern dazu beiträgt, die Kraft zu lähmen und von weiteren Schritten abzuraten, somit einen Geist unter den Mitgliebrern großzuzüchten, der das Vertrauen in die Stärke der Organisation untergräbt und zur Willensschwäche führt. Sedenfalls rechtserfahrt und erachtet das Ergebnis der Tarifverhandlungen die Stellung der Opposition auf der Nürnberger Generalversammlung. Nicht die tiefen Gefühlspolitik, sondern diejenigen, die heute mit leeren Händen dastehen und wie betäubte Lohrgerber die Felle sorglos umhimmeln sehen. Die Geschichte macht jaust stets der „Stärkere“, d. h. also auf Sammlung der Kräfte hinarteiten, eine Durchgestaltung der Kräfte herbeizuführen, um stark zu werden, Gedichte machen zu können.

Der Kampf gegen die privatkapitalistische Produktionsweise und ihre Träger (als Klasse) muß konsequent und rücksichtslos geführt werden und darf nicht in Tarif- und Arbeitsgemeinschaften stecken bleiben. In der Auffassung über den Zweck einer Arbeiterorganisation muß man laßselber sein, muß man in ihr mehr leben als nur eine Versicherung für eventuelle Fälle. Man muß die Organisation zum wichtigsten Hebel der Arbeiterkollaborität machen. Für die Arbeiter gilt es, eine Welt zu gewinnen! Gegenüber dem Scheitenden sollte reformerischer Wähler muß der Arbeiter immunisiert werden. Die Wahlen zu den Parlamenten sollten zu überlegen geben, ob für die Arbeiterkollaborität nicht noch ein anderer Weg zum Sozialismus führt.

Sungern und arbeiten kann der Mensch nicht; es wirkt aufreizend, wenn er sieht, wie andre seinen lauren Schwelbeprositabel machen und so stets gesellschaftlich und loyal viel höher stehen. Will er nicht ewig Anecht bleiben, muß er von seinem Menschenrechte Gebrauch machen und sich das erkämpfen, was ihm als dem Erhalter der Gesellschaft in erster Linie zukommt: ausreichende Substanzmittel! Wer nicht am Neuaufbau im sozialistischen Sinn interessiert ist, wer nur an sich allein denkt, ist als Gegner zu bekämpfen, und hat keinen Anspruch auf die Vorteile gemeinschaftlicher Arbeit. Es darf nicht mehr heißen: „Es erben sich Geleh und Rechte wie eine ewige Krankheit fort“. Nein, alles ist dem Wandel der Zeit unterworfen, und die heutige Zeit ist die der sozialen Umwälzung, der Vorbereitung der sozialistischen Gemeinwirtschaft. Sie kann auch kein Mann wie der Tarifamtsschreiber Schütze, dessen Wiederwahl (nicht von der Masse, der gegenüber er sich nicht verantwortlich fühlt) sich geradezu in erhebender Weise vollzogen haben soll, verhindern. Sein Tarifamtsschreiberamt ist die Vermittlungsfähigkeit bei den Tarifverhandlungen waren moluskenartig. Sitten wir uns vor dem Autoritätsfimmel! Nehnen wir eine neue Tarifgemeinschaft ab!

Wollen wir uns nicht wieder helfen, schaffen wir Maß für die vollste Aktionsfreiheit, die wir so bitternotwendig brauchen, um allen Angriffen, offenen und auf Schleichwegen herantretenden, sofort begegnen zu können und die sich innerhalb des Rahmens der Kampforanisation belästigt. Ohne Umstellung des Denkprozesses läßt sich nichts Neues schaffen, nichts Kühneres erstreben. Gewinnen wir Vertrauen zu uns selbst, in die Kraft der Organisation, dann können wir an die Verwirklichung des „Sobellieds der Arbeit“ glauben:

Wir wollen den Frieden, Freiheit und Recht,
Sah niemand sei des andern Anecht;
Sah Arbeit aller Menschen Pflicht,
Und kenent es an Brot gebrecht.

Die Tarifgemeinschaft ablehnen, heißt aber nicht gleichzeitig die Quelle der Arbeit verschütten, sondern sie dem Strome der sozialistischen Gemeinwirtschaft dienstbar zu machen. Deshalb empfehle ich die Ablehnung.

Reukölln. Hermann Kotte.

Annahme oder Ablehnung des Tarifs?

In den ersten Verhandlungslagen befahl sich der Tarifauschub mit der Steuerzulage. Mehrere Tage hielt man sich auf beiden Seiten in Spannung; manchmal hatte es den Anschein, als sollten an diesem Punkte die Beratungen scheitern.

Im „Korr.“ vom 4. November werden uns auf sechs Seiten die verschiedenen Phasen dieses Kampfes vor Augen geführt. Beim Lesen fragt man sich wiederholt, ob dieser aufregende Kampf, diese mühevollen, aufopfernde Arbeit sich auch lohnten. Prüft man gewissenhaft, so muß man mit Nein antworten. Die 20 Mk. stehen in keinem Verhältnisse zur geleisteten Arbeit; noch viel weniger im Verhältnisse zur Bedürfnisbefriedigung unserer heutigen Zeit. Nimmt man diesen Standpunkt ein, so muß man das auch begründen: Ich halte jede Zulage in der heutigen Zeit geradezu für einen Fehler, der sich nur dadurch erklären läßt, daß wir in den Gewerkschaften nur auf Lohnpolitik eingestellt sind. Das kam auch sofort bei den Verhandlungen zum Ausdruck, als die Gehilfenvertreter erklärten müssen, daß sie ohne Steuerzulage vor ihren Mandatgebern nicht erscheinen könnten. Wir müssen es uns abgewöhnen, in der Erhöhung des Lohnes die Besserstellung der Arbeiter zu sehen! Jede Lohnherhöhung ist gleich-

bedeutend mit der Verteuerung sämtlicher Bedarfsartikel. Weiter bedeutet die Lohnherhöhung die Inflation des Papiergeldes, wodurch es überhaupt unmöglich wird, das deutsche Volk, das hauptsächlich aus Hand- und Kopfarbeitern besteht, wieder normalen Verhältnissen entgegenzuführen.

Alle diese Gründe sprechen gegen die Erhöhung des Lohnes, und es bedeutet eine erstaunliche Unkenntnis der Dinge, wenn ein Redner in der Berliner Generalversammlung die Forderung aufstellte, sofort den Tarifauschub wieder zusammenzubringen, um eine höhere Steuerzulage durchzusetzen, und zwar in der Höhe von 50 Mk. Die österreichischen Metallarbeiter stehen jetzt in Verhandlungen mit den Unternehmern und verlangen einen Wochenlohn von 2000 Kronen. Wollen wir hier in Deutschland etwa den gleichen Weg gehen, so daß wir dazu kommen müßten, das gleiche etwa in Mark zu verlangen? Ich glaube nicht, daß es irgendeinem Arbeiter danach gelüsten kann.

Wir müssen in den Gewerkschaften eine andre Politik einschlagen, anstatt Lohnpolitik müssen wir Wirtschaftspolitik treiben, und zwar auf Herabsetzung der Warenpreise. Durch Verbilligung der Waren steigt die Kaufkraft. Die Bedürfnisse können befriedigt werden. Die Produktion muß steigen, was gleichbedeutend ist mit Verminderung der Arbeitslosigkeit. Bei Tarifverhandlungen muß als erstes in den Vordergrund gestellt werden: Warenverbilligung. Wird diese Parole von sämtlichen Gewerkschaften befolgt, so lösen sich logischerweise alle andern Probleme automatisch. Wir müssen nach einem System der Planwirtschaft streben, das die Zuteilung von notwendigen Waren, die man in einem Jahre verbrauchen darf, regelt. Unterliegt von einem auf das Notwendigste herabgeleiteten Lohne, der nur für individuelle Zwecke verbraucht werden kann. Es ist eine schwere Aufgabe, die hier den Arbeitern gestellt wird, die außerdem eine bestimmte sittliche Reife voraussetzt. Aber es hilft nichts: „Die Befreiung der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein!“ Deshalb müssen wir uns diese Aufgabe stellen.

Der Tarif ist die Vorstufe. Hier wollen wir etwas abschließen, das auf Treu und Glauben uns binden soll, daß nicht jeder nach seinem Dafürhalten schalten und walten kann. Dabei es heißt, für die Allgemeinheit seine Kräfte bereitzustellen. Wo wir mit einem Vertrag, an dem wir mitgearbeitet haben, uns für eine bestimmte Zeit sichern. Wo wir wissen, daß von helner Seite uns willkürliche Gefälle aufgebürdet werden können. Wo wir in der Zeit der laufenden Tarifperiode Gelegenheit haben, Verbesserungen innerhalb des Gewerbes und darüber hinaus vorzubereiten. Mit einem Worte: die Tarifgemeinschaft ist eine Notwendigkeit! Die Zusammengehörigkeit der Arbeiter wird dadurch gefördert. Es ist die Möglichkeit gegeben, den Tarif so auszubauen, daß wir durch unsere Organisationskraft die Preise der Waren festlegen und den Tarif als einen dem Wort entsprechenden Ausgleich zwischen Wäre, Preis und Kaufkraft zu gestalten suchen.

Die enge Begrenzung des Tarifs, für die Arbeiter nur den Lohn zu erhöhen, muß aufgegeben werden. Wir müssen unser Denkhorizont erweitern. Es darf uns nicht gleich sein, welche Preise von den Unternehmern den Konsumenten auferlegt werden oder, was noch schlimmer ist, um eine Lohnherhöhung zu erhalten, einer allgemeinschädlichen Preiserhöhung zustimmen. Sind wir einmal Materialisten, dann sollen wir wenigstens nach allen Seiten hin prüfen, was uns zum Wohl oder zum Schaden geereichen kann. Seine ist jede Lohnherhöhung gleichbedeutend mit weiterer Verelendung des Volkes! Das soll kein Freibrief für das Unternehmertum sein. An Stelle des Lohnes wollen wir Preisabbau sehen und, gestützt auf unsre Gewerkschaften, wollen wir durch Tarifabschluß das erreichen, was für die Allgemeinheit von wirklichem Nutzen ist.

Deshalb nicht Ablehnung des Tarifs, sondern Ausbau. Ein Instrument wollen wir schaffen, vorbildlich für unsre Arbeitsbrüder!

Reukölln. S. Wouters.

Zur Urabstimmung

Buchdrucker, seid gewarnt! Die deutsche Buchdruckergehilfenschaft steht vor der Entscheidung in einer sehr bedeutungsvollen Frage. Sie soll sich für oder gegen eine Fortsetzung der Tarifgemeinschaftspolitik erklären. Am 10. Dezember wird über diese Frage in einer Urabstimmung entschieden.

Die Tarifgemeinschaft bedeutet die Festlegung bestimmter Löhne für eine bestimmte Zeit. Im Gange der Wirtschaft vor dem Kriege konnte man in einer solchen Regelung des Arbeitsverhältnisses wenigstens einen zeitweisen Vorteil für die Gehilfen erblicken. Theoretisch waren sie bei schlechterer Konjunktur vor Lohnrückgängen gesichert. In der Praxis jedoch zeigte sich vielfach, daß die Unternehmer trotz Tarifgemeinschaft die Löhne senken konnten. Der Vorteil der Einkommenssicherung durch die Tarifgemeinschaft war daher sehr bescheiden. In den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege stand der Warenmarkt bereits unter dem Zeichen steigender Preise. Durch mehr oder minder monopolistische Beherrschung der Waren, durch die bekannte Zoll- und Eisenbahntarifpolitik, durch Verbrauchssteuern und -abgaben wurden die Preise für Lebensmittel, Verbrauchsgüter und sonstige Bedürfnisse fast ununterbrochen in die Höhe getrieben. Steigerungen der Wohnungsmieten und der Einkommenssteuern trugen weiter zu einer Verminderung der Kaufkraft des Geldes bei. Der geltende Tarif verwehrte den Buchdruckern, ihr Einkommen Zug um Zug durch Lohnkämpfe mit den gesteigerten Kosten der Lebenshaltung in Einklang zu bringen.

Diese Entwicklung, die wahrlich nicht dazu berechtigt, auf das Tarifgemeinschaftswesen Loblieder anzustimmen, vollzog sich in der für das Tarifverhältnis günstigen Zeit einer fast ununterbrochen anstehenden wirtschaftlichen Konjunktur und einer glänzenden geschäftlichen Prosperität.

Nun stehen wir vor gründlich gewandelten, vor ganz andern wirtschaftlichen Voraussetzungen. Der Kapitalismus selbst hat die Grundlagen seiner Existenz gertrümmert. Er ist nicht mehr in der Lage, die Wirtschaft fortzuführen und dem Proletariat ein Leben zu sichern, das auch nur annähernd der vor dem Kriege erlangten Lebenshaltung entspräche. Der aus der kapitalistischen Profitglocke geborene Krieg, dessen Erlebenskräfte Raubdruck und Zerstörung waren, unterband die Erzeugung von Lebensgütern fast vollständig, vernichtete gleichzeitig in riesenhaftem Ausmaße Produktivkräfte und Produktionsmittel. Dieses Vernichten und Vermüllen wird auch jetzt noch fortgesetzt. Nach den Aussprüchen bürgerlicher Wissenschaftler und maßgebender führender Persönlichkeiten der Großindustrie müssen von den noch vorhandenen 60 Millionen Einwohnern Deutschlands 15—20 Millionen verhungern oder auswandern. Also weiteres Massenvernichten ist eine der Vorbedingungen der Weiterexistenz der kapitalistischen Ausbeutewirtschaft.

Millionen von Volksgenossen haben kein Semd mehr auf dem Leibe, Millionen wohnen in erbärmlichen Ökern. Es gibt keine Wohnungen. Der Kapitalismus kann nicht bauen; er wirft die Bauarbeiter als arbeitslos auf die Straße. Die Schar der Erwerbslosen wird täglich größer und die Masse des Volkes hungert nach Waren. Die Völker sind verarmt und der Kapitalismus machte seit Kriegsbeginn Profite wie noch nie während glänzender Hochkonjunktoren der Vorkriegszeit. Das Kapital eraffe Milliarden durch Vernichten von Kulturgütern und Produktivkräften. Aber diese Milliarden sind kein erarbeitetes Kapital. Es sind nur Wechsel auf Profite aus zukünftiger Arbeit.

Schon dieser allgemein erkannte und unbefreible Umstand macht eine erheblich verschärfte Ausbeutung der Arbeitskraft zu einer zwingenden Voraussetzung des Fortbestandes der kapitalistischen Wirtschaft. Die Situation wird schwieriger, sie tritt wie eine Schicksalsfrage vor das Proletariat, und nicht zuletzt vor das Proletariat der graphischen Gewerbe im Hinblick auf die fortschreitende Anarchie in der Wirtschaft. Die inländische Bevölkerung ist nicht kaufkräftig genug, um grobe Warenmengen abnehmen zu können, die den Unternehmern ausreichenden Profite sichern könnten. Der stetig sinkende Kredit Deutschlands auf dem Weltmarkte drückt den Kurs der Reichsmark. Die Senkung begann mit der Flucht großer Kapitalisten und Kriegsgewinne vor dem Steuerfiskus, die Verschlechterung der deutschen Valuta verteuert den Verbrauchern die Lebenshaltung. Den Kapitalisten eröffnete sie die Möglichkeit glänzender Exportgeschäfte — auf Kosten der deutschen Arbeiterkollaborität. Sie niedriger der Kurs der Reichsmark, um so höher die im Ausland erzielten Verkaufspreise, ungleich höher jedoch die Verteuerung der Lebenshaltung des deutschen Proletariats. Um die Exportwundergewinne zu erlangen, verramschen die deutschen Kapitalisten nicht nur fertige Erzeugnisse, sondern auch Rohstoffe und in stetig wachsendem Umfang Produktionsmittel.

Man exportiert Getreide und Kartoffeln, und das deutsche Volk hungert. Man exportiert Kohlen und legt Verarbeitungsindustrien fast vollständig still wegen Kohlenmangels. Man baut Maschinen ab, schafft sie ins Ausland, deutsche Arbeiter fliegen auf Wälder. Man exportiert Kleider, Wäsche, Schuhe, Möbel und Massen des deutschen Proletariats taufen halb nackt umher, sie hungern, frieren und verkommen, sie haben weder Wohnung noch Möbel.

So vernichtet und zerstört der Kapitalismus die Grundlagen der Wirtschaft. So beraubt das plündernde Kapital die Arbeiterkollaborität in steigendem Maße der Möglichkeit, sich aus dem Elend, in das dieses selbe wuchernde Kapital die Völker gestürzt hat, wieder herauszuarbeiten. Aber das Kapital sucht nach Mittel und Wegen, um seine plündernde, das Volk noch mehr ausraubende Wirtschaft noch möglichst lange forsetzen zu können.

Das einzige und beste Mittel dazu sind die Tarifgemeinschaften. Dieses Instrument macht die Arbeiter zu einem fast gänzlich wehrlosen Objekt ungezügelter Wuchererei und erheblich verschärfte Ausbeutung. Die Tarifgemeinschaft bindet die Löhne, sie läßt dem Kapital aber die Freiheit, durch Steigerung der Warenpreise die Kaufkraft des festgelegten Lohnes stetig zu senken. Es ergibt sich somit als zwingende Logik, daß die mit ihren Arbeitsbedingungen durch Tarifgemeinschaften gebundenen Arbeitergruppen der Gefahr der am meisten verschärfte Ausbeutung unterliegen.

Wer sich in eine Tarifgemeinschaft begibt, reicht dem Unternehmertum den Strich, mit dem dieser nach Belieben den Profitkorb höher ziehen kann. Und nicht einmal die vereinbarte normale Arbeitskollaborität ist gesichert. So mehr die Lebenshaltung durch die allgemeine fortschreitende Verteuerung verschlechtert wird, um so stärker das Bestreben, durch Abarbeiten der Löhne das Einkommen zu erhöhen. Auf diesem Umwege schneut das Unternehmertum eine verlängerte Arbeitszeit ein. Die so künstlich verlängerte Arbeitszeit vermehrt die Zahl der Arbeitslosen und stetigt die Gefahr der Lohnrückgänge.

Wer daher die Politik der Tarifgemeinschaft unterkriecht, gräbt sich selbst das Grab, bringt über seine Familie Unglück, verurteilt sie zu gesteigerter Not, zu quälenden, tödenden Entbehrungen. Darum fort mit der Tarifgemeinschaft! Kämpft für den reinen fristlosen Lohnarbeit! Buchdrucker, laßt euch nicht zu Sklaven des Kapitals machen!
Willeldorf.